

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

218

Wien, am 1. August 1933

## Städtische Subventionen für das Wiener Kunstgewerbe.

In der vergangenen Woche hielt das Kuratorium des Gewerbe-förderungsinstitutes der Stadt Wien unter dem Vorsitz des amtsführenden Stadtrates Honay eine Sitzung ab, in der Direktor Dr. Vetter berichtete, dass im heurigen Jahr bereits rund 12.000 Schilling aus den Mitteln des Institutes zur Förderung von kunstgewerblichen Vereinigungen und Veranstaltungen ausgegeben wurden. An erster Stelle stehen die Wiener Gobelinmanufaktur und der Oesterreichische Werkbund mit je 3.000 Schilling; die Internationale Modewoche wurde mit 1.500 Schilling subventioniert, die Aktion "Kunstgewerbe fürs Volk" und die Neue Wiener Werkstätte erhielten je 1.000 Schilling, für die Schulkurse der Wiener Graphischen Gesellschaft und für den Verband der Absolventen der Wiener Kunstgewerbeschule wurden je 500 Schilling aufgewendet und schliesslich wurden einige kleinere kunstgewerbliche Voranstaltungen finanziell unterstützt. Das Kuratorium genehmigte diese Subventionen und stimmte auch der für das zweite Halbjahr 1933 geplanten kunstgewerblichen Förderungsaktion einhellig bei.

.....

## Entfallende Sprechstunde.

Am kommenden Donnerstag entfällt die Sprechstunde bei amtsführendem Stadtrat Honay.

.....

## Ausgestaltung des städtischen Sanitätsbetriebes.

Im städtischen Sanitätsbetrieb sind kürzlich drei neue Krankentransportautomobile modernster Bauart in den Dienst gestellt worden. Bei diesen neuen Krankentransportautomobilen erfolgt die Verladung des Kranken nicht mehr seitlich, sondern auf Laufschiene durch die Rückseite des Wagens, wodurch eine wesentliche Vereinfachung der Verladung des Kranken erzielt wird. Durch diese Neuanschaffung sind Leistungsfähigkeit und Schlagfertigkeit des städtischen Sanitätsbetriebes neuerlich erhöht worden.

.....

## Platzkonzert vor dem Rathaus.

Die von der Gemeinde Wien bisher vor dem Rathaus veranstalteten Platzkonzerte haben in allen Kreisen der Bevölkerung den stärksten Widerhall gefunden. Das nächste Platzkonzert vor dem Rathaus findet übermorgen, Donnerstag, statt. Das Konzert dauert von 17 Uhr bis 19 Uhr und ist für jedermann frei zugänglich.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

219

Wien, am 2. August 1933

## Strassenherstellungsarbeiten im Kreditwege.

Anlässlich einer Vorsprache einer Deputation der Genossenschaft der Wiener Lastfuhrwerker und der Genossenschaft der Pflasterer bei Staatssekretär Neustädter-Stürmer gab, wie in Zeitungen berichtet wird, dieser die Erklärung ab, dass der Bund keine baren Mittel für Strassenherstellungsarbeiten verwenden, sondern nur im Kreditwege für diese Art Arbeitsbeschaffung vorsorgen könne. Was der Bund könne, das sei auch die Gemeinde Wien imstande. Zu dieser Erklärung des Staatssekretärs wird der "Rathauskorrespondenz" von berufener Seite mitgeteilt, dass sich Staatssekretär Neustädter-Stürmer hinsichtlich der Aufbringung der Mittel für Strassenherstellungsarbeiten in Wien in einem Irrtum befinden müsse. Wie nämlich hinlänglich bekannt ist, wollte die Gemeinde Wien zur Bedeckung für die im Voranschlag vorgesehenen Arbeiten eine Anleihe von dreissig Millionen Goldschilling aufnehmen. Dieses Projekt konnte jedoch nicht verwirklicht werden, weil die Bundesregierung der Aufnahme einer Anleihe durch die Gemeinde Wien nicht zugestimmt hat. Der Weg, die entsprechenden Mittel für Strassenherstellungsarbeiten in Wien durch Aufnahme einer Anleihe bereitzustellen, ist also der Gemeinde Wien durch die Haltung der Bundesregierung verwehrt worden.

.....

## Siebzehn goldene Hochzeiten in einer Woche.

In der vergangenen Woche wurde wieder ein Rekord an goldenen Hochzeiten aufgestellt. Nicht weniger als siebzehn Wiener Ehepaare feierten die fünfzigste Wiederkehr des Tages ihrer Trauung. Die Jubelpaare stammen aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten. Der älteste goldene Hochzeiter ist 85, der jüngste 72 Jahre alt, während die älteste Jubilarin 78, die jüngste 66 Jahre zählt. Die siebzehn Hochzeitspaare hatten insgesamt 121 Kinder, von denen noch 73 leben. Die Zahl der Enkelkinder ist verhältnismässig gering; sie beträgt nur 62. In Vertretung des Bürgermeisters besuchte amtsführende Stadtrat Honay alle Jubelpaare in ihren Wohnungen, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengaben der Gemeinde Wien. Geehrt wurden folgende goldene Hochzeitspaare: Josef und Josefa Bader, Josef und Justine Blumer, Dr. Otto und Sofie Borak, Karl und Maria Cadil, Anton und Franziska Duty, Ludwig und Emilio Fink, Franz und Marie Firnstein, Anton und Agnes Haslinger, Johann und Antonie Horak, Johann und Margarethe Kaffer, Johann und Marzelline Kudlic, Anton und Franziska Lakota, Lipo und Malko Millet, Paul und Josefa Neumayer, Franz und Marie Pomozny, Karl und Therese Schmidt und Leopold und Maria Schöberl.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

220

Wien, am 3. August 1933

## Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In Zuge der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung in Wien werden in der nächsten Zeit in Margareten die Schwarzhorn-  
gasse, Giessaufgasse und der noch nicht elektrisch beleuchtete Teil der  
Bräuhausgasse, in Meidling die Altmannsdorferstrasse von der Breitenfurten-  
strasse bis zur Gemeindegrenze, in Fünfhaus die Oeverseeestrasse von der  
Johnstrasse bis zum Akkonplatz und in der Brigittenau die Burghardt-  
gasse und die Leipzigerstrasse von der Burghardt-  
gasse bis zur Klosterneuburger-  
strasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die  
Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits  
vergeben. In den letzten Tagen sind die Elektroinstallationsarbeiten auf  
der Landstrasse in der Schrottgasse, Hyegasse, Weinlechnergasse, Petrusgasse,  
Paulusgasse, Schimmelgasse, auf dem Klopsteinplatz und auf dem Paulusplatz,  
in Fünfhaus in der Wurmsergasse, Pilgrimgasse, Schuselkagasse, Plunkergasse,  
Chrobakgasse und Cannegasse und in Hernals in der Frauenfelderstrasse und  
Kainzgasse beendet und sohin in diesen Strassenzügen die elektrische Be-  
leuchtung in Betrieb gesetzt worden.

.....

## Besichtigung des Wiener Rathauses.

Wie die Rathausverwaltung mitteilt, haben im vergangenen Juni  
insgesamt 881 Fremde die Sitzungs- und Festsäle des Wiener Rathauses be-  
sichtigt. Es waren dies 54 Einzelbesucher und 22 Reisegruppen mit zusammen  
827 Teilnehmern. Die Besucher stammten aus den österreichischen Bundeslän-  
dern, aus Deutschland, Danzig, aus der Schweiz, Tschechoslowakei, aus Ungarn,  
Jugoslawien, Rumänien, Frankreich, England, Dänemark, Italien, Britisch Indien  
und aus den Vereinigten Staaten.

.....

## Gemeindevermittlungsamt Meidling.

Die nächsten Sühneverhandlungen beim Gemeindevermittlungs-  
amt Meidling finden am 11. und 25. August statt. Die Verhandlungen beginnen  
an beiden Tagen um 10 Uhr vormittags.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 221  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 4. August 1933

## Besondere Beiträge für die kaufmännischen Fortbildungs- schulen.

In einer Kundmachung teilt der Wiener Magistrat mit, dass der Fortbildungsschulrat in Wien auf Grund des von der Wiener Landesregierung genehmigten Sondervoranschlags der kaufmännischen Fortbildungsschule des Wiener Handelsstandes für das Verwaltungsjahr 1932 die Ausschreibung und Einhebung besonderer Beiträge für die kaufmännischen Fortbildungsschulen beschlossen hat. Das Ausmass dieser Zuschläge ist mit zweieinhalb Prozent der Erwerb- und Körperschaftssteuer (Stammsteuer) festgesetzt worden. Diese besonderen Beiträge sind von den in Wien in der Handels- und in der Finanz- und Verkehrssektion der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien Beitragspflichtigen zu leisten. Als Grundlage zur Berechnung der besonderen Beiträge dient bei der allgemeinen Erwerbsteuer (I. Hauptstück des Personalsteuergesetzes) die Steuer im vollen Betrag, bei der Körperschaftssteuer (II. Hauptstück des Personalsteuergesetzes) jedoch nur Teilbeträge, und zwar bei Fabriks- und anderen auf gewerbliche Produktion oder Handel gerichteten Unternehmungen ein Fünftel, bei Verkehrsunternehmungen, bei Banken, Kredit- und Versicherungsinstituten sowie Sparkassen ein Zehntel der Steuer.

.....

## Verkehrsregelung auf dem Schafberg.

Der obere Teil des Schönbrunnergrabens auf dem Schafberg ist mit der Blaselgasse durch einen Weg verbunden; dieser Weg besteht aus einem von der Blaselgasse bis zur sogenannten Sillerruhe führenden breiten Teil, der sich zur fallweisen Befahrung auch mit Kraftfahrzeugen eignet, und aus einem von der Sillerruhe bis zum Schönbrunnergraben führenden, schmalen steilen Teil, der nur zur fallweisen Befahrung mit leichtem Fuhrwerk geeignet ist. Da diese Wegverhältnisse Personen gefährden könnten, hat der Magistrat durch Verordnung das Befahren des vom derzeitigen nördlichen Ende der Blaselgasse westwärts bis zur Sillerruhe führenden Weges mit Fahrzeugen verboten. Ausgenommen von diesem Verbot sind Wirtschaftsfahren, ferner Fahrzeuge, die Personen gehören, die auf dem Schafberg wohnen und sich mit einer Bewilligung des Magistrates ausweisen können, Fahrzeuge, die im öffentlichen Interesse verkehren, deren sich Aerzte und Hebammen bei Hilfeleistungen auf dem Schafberg bedienen oder die auf dem Schafberg befindliche Anstalten, Gaststätten und dergleichen beliefern. Der von der Sillerruhe zum Schönbrunnergraben führende Weg darf von Fahrzeugen nicht befahren werden. Von diesem Verbot ist ausgenommen die Beförderung von Gegenständen, die für den Betrieb der Landwirtschaft oder zur Versorgung der Anrainer notwendig und auf Kleinfuhrwerken verladen sind. Uebertretungen dieser Verordnung werden gemäss dem Wiener Strassenpolizeigesetz bestraft.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

222

Wien, am 5. August 1933

## Starkes Auslandsinteresse für das neue Wien.

Das Ausland zeigt für die Schöpfungen des neuen Wien stets ein reges Interesse. Dies gibt sich insbesondere dadurch kund, dass vor allem in der Reisezeit prominente Fremde, die Wien besuchen, im Rathaus vorsprechen und den Wunsch äussern, auch das neue Wien kennenzulernen. So haben in der letzten Zeit anlässlich ihres Wiener Aufenthaltes der amerikanische Publizist N.P. Clough (New York), die Schriftstellerin Lucie Phillimore (England), der Nationalökonom Dr. E. Gubbins (Boston), Mrs. L.A. Vorrs (Princetown), der Generaldirektor der Heilanstalten des staatlichen Sanitätsdienstes in Aegypten, Dr. Abdel Rahman Omar Bey (Kairo-Heliopolis), der ägyptische Radiologe Dr. Soliman, der Bostoner Bürgermeister James M. Curley, der Professor der Nationalökonomie am Amherst-College Mr. Whicher und Frau, der Schwager des Ozeanfliegers Charles Lindbergh, Mr. Dwight Morrow, Präsidentin Helen Hudnut (Amerika), Fabrikant E.D. Barly (Newland), der Syndikus des Pariser Gemeinderates und des Generalrates des Departements de la Seine, Viktor Bucaille (Paris), und dessen Sekretär, Professor Columb Gil Fillan und Frau (Chicago), Mrs. Eleanor De Foe (Fresno) und Mrs. Mary Turner (River Forest) von der amerikanischen Künstler- und Literatengesellschaft The Masquers, der Bürgermeister von Helsingör P. Christensen (Dänemark), der englische Schriftsteller Mr. Percival Fenton (London), der erste Sekretär der französischen Gesandtschaft in Wien, Vicomte de Montbas, und Frau, eine Reihe ausländischer Journalisten und eine Studiengesellschaft von steiermärkischen Gärtnern und Gartenfreunden zahlreiche Wohnhausneubauten, Fürsorgeanstalten, städtische Bäder, Parkanlagen und Siedlungen unter sachkundiger Führung eingehend besichtigt. Die Gäste sprachen sich über die Einrichtungen des neuen Wien in überaus anerkennenden Worten aus. Ausserdem haben vor kurzer Zeit der Gesandte der tschechoslowakischen Republik Fierlinger und Frau und der jugoslawische Gesandte Nastasijevic und Frau Einrichtungen des neuen Wien eingehend besichtigt.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

223

Wien, am 7. August 1933

---

## 75.000 Badegäste in den Wiener städtischen Bädern.

Das herrliche Badewetter am Sonntag lockte Zehntausende von Menschen in die Wiener Bäder. Die städtischen Sommerbäder allein wurden von insgesamt 75.000 Personen aufgesucht; 17.000 Kinder tummelten sich in den städtischen Kinderfreibädern und 58.000 Personen suchten in den Sommerbädern Erquickung und Erholung. Am meisten besucht war das Strandbad Gänsehäufel mit 11.500 Badegästen, das Kongressbad mit 11.200, das Strandbad Alte Donau mit 8.200, das Strandbad Kuchelau mit 6.800 und das Angelbad mit 6.100 Besuchern. Trotz den grossen Anforderungen wurde der Badebetrieb in allen städtischen Sommerbädern klaglos abgewickelt.

---

## Entfallende Sprechstunde.

Am kommenden Donnerstag entfällt die Sprechstunde bei amtsführenden Stadtrat Honay.

---

## 514.838 Gasbezieher in Wien.

Die Direktion der Wiener städtischen Gaswerke teilt mit, dass am 31. Juli heurigen Jahres 514.838 Konsumenten Gas von den Wiener städtischen Gaswerken bezogen haben. Gegenüber dem Stand vom Jahre 1913 bedeutet die Zahl der Gasbezieher am 31. Juli des heurigen Jahres weit mehr als eine Verdoppelung, da am 31. Dezember 1913 die Wiener städtischen Gaswerke bloss 211.815 Konsumenten mit Gas versorgt hatten. Im vergangenen Juli haben die städtischen Gaswerke 1.380 Gasmesser neu aufgestellt, 463 Gasmesseranlagen vergrössert und 61 Neuanschlüsse durchgeführt. Der Verkauf von Gasgeräten war auch im Berichtsmonate ein sehr reger; insgesamt wurden 401 Gasgeräte, Gasherde, Kochplatten, Bratrohre, Gasbügel-einrichtungen und Gasbadeöfen verkauft.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 224  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 8. August 1933.

---

## Eine Ehrennische im Wiener Krematorium für Generaldirektor Kommerzialrat Julius Müller.

Bürgermeister Seitz hat die Verfügung getroffen, dass bei den zuständigen Instanzen der Gemeindeverwaltung der Antrag gestellt werde, zur Beisetzung der Asche des am Sonntag verstorbenen Generaldirektors der Wiener Messe-Aktiengesellschaft, Kommerzialrates **Julius Müller**, in Würdigung der grossen Verdienste des Verstorbenen eine Ehrennische im Wiener Krematorium zu widmen.

---

## Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinde Wien. Renovierung von Schulgebäuden.

Während der Schulferien schreitet die Gemeinde Wien, heuer in grösserem Umfang als sonst, an die Renovierung ihrer Schulgebäude. Die Arbeiten sind bereits vergeben worden und werden jetzt durchgeführt. In 52 Schulgebäuden müssen Fassaden, Gassen- und Hofschauflächen, und Fenster instandgesetzt werden. In 26 Schulgebäuden werden die Schulräume "gefärbelt"; 6 Schulen erhalten an Stelle der Gasbeleuchtung elektrisches Licht, in 15 Schulgebäuden wird die bestehende elektrische Lichtanlage bedeutend verbessert. Grosse Dachstuhlumdeckungen werden an 14 Schulgebäuden vorgenommen. Allein diese Renovierungsarbeiten erfordern einen Aufwand von mehr als einer halben Million Schilling für die baulichen Arbeiten und fast 100.000 Schilling für die elektrotechnischen Arbeiten. In 2 Schulen wird überdies die unhygienische Feuerluftheizung gegen eine moderne Niedrucktrockdampfheizung ausgewechselt; in 2 anderen Schulen müssen die Kessel ausgewechselt werden. Der hierfür notwendige Aufwand beträgt rund 100.000 Schilling. Insgesamt werden für grössere Herstellungen an Wiener Schulgebäuden in der Zeit der Sommerferien mehr als 753.000 Schilling verausgabt. Die Gesamtkosten für die Erhaltung der Schulgebäude sind jedoch weitaus grösser; für laufende Arbeiten, die fast nur an kleinere Unternehmungen vergeben werden und Arbeit für einen grossen Kreis von Arbeitern bedeuten, werden allein 660.000 Schilling aufgewendet. Für die Erhaltung der Gebäude der Wiener städtischen Volks- und Hauptschulen wendet die Stadt Wien somit im heurigen Jahre rund 1,413.000 Schilling auf.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 225  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 9. August 1933.

## Eröffnung des neuen städtischen Kinderfreibades im Währingerpark.

Bekanntlich hat die Gemeinde Wien im Währingerpark ein neues städtisches Kinderfreibad errichtet. Dieses 23. Kinderfreibad der Gemeinde Wien liegt inmitten des schönen Rasenspiegels des Parkes; der Baumbestand konnte bei der Errichtung des Bades fast vollkommen geschont werden. Der Zugang zu dem neuen Kinderfreibad erfolgt vom Währingerpark, von der Mollgasse und von der Gymnasiumstrasse.

Das neue städtische Kinderfreibad im Währingerpark, das vor allem der Jugend des Alsergrundes und der anschliessenden Teile von Währing und Döbling dienen soll, wird am kommenden Samstag der Benützung übergeben. Wie alle Kinderfreibäder steht auch das neue Bad den Kindern im schulpflichtigen Alter täglich von 10 Uhr bis 12 Uhr und von 13 Uhr bis 18 Uhr völlig unentgeltlich zur Verfügung.

## Geteilte Gehaltsauszahlung bei der Gemeinde Wien.

Die "Rathauskorrespondenz" erfährt:

Auch für den Monat September kann die Gemeinde Wien die Bezüge der städtischen Angestellten nur geteilt auszahlen. Da die finanzielle Lage der Gemeinde auch in den Monaten Oktober, November und Dezember die geteilte Auszahlung der Bezüge notwendig machen wird, hat die Gemeindevorwaltung den Angestelltengewerkschaften davon Mitteilung gemacht, dass bis Ende des heurigen Jahres die Gehalte geteilt ausgezahlt werden müssen, und zwar an jedem Monatsersten 70 Prozent, an jedem 15. die restlichen 30 Prozent der Bezüge. Falls ein Zahlungstag auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, erfolgt die Auszahlung am Tage vorher.

## Strassenbahnfahrpreis am 15. August.

Am Dienstag, den 15. August, ( Mariä Himmelfahrt ) gilt auf der Strassenbahn und auf der Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Frühfahrerscheine, Hin- und Rückfahrerscheine, Wochenkarten und Arbeitslosenfürsorgefahrerscheine haben am 15. August keine Giltigkeit. Der Autobusbetrieb ist an diesem Tage eingestellt.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

226

Wien, am 10. August 1933

## Zwei neue Ferienaktionen des Wiener Jugendhilfswerkes.

Im Salzkammergut nahe bei Ischl befindet sich in Sulzbach die ehemalige Kinderheilstätte der Gemeinde Wien, die im Vorjahre vom Wiener Jugendhilfswerk in ein Ferienheim für Knaben umgestaltet worden ist. Das prächtige Heim liegt in einem parkähnlichen Gelände mit Spielwiesen, stillen Waldplätzen und einer Liegehalle und hat einen Belagraum von ~~ein-~~ **hundortfünfzig** Betten.

In Laas bei Kötschach-Mauthen im Gailtal in Kärnten hat das Wiener Jugendhilfswerk die Heilstätte der Kärntner Landesregierung als Ferienheim eingerichtet. Dort stehen den erholungsbedürftigen Kindern dreihundert Betten zur Verfügung. In Laas finden nur Mädchen Aufnahme; unter den Zöglingen sind stets auch bedürftige Kärntner Mädchen.

Heute, Donnerstag, hat das Wiener Jugendhilfswerk je einen Kindertransport nach Sulzbach und Laas abgefertigt. Nach Sulzbach sind hundertfünfzig, nach Laas dreihundert Kinder zur Erholung entsendet worden. Die Kinder bleiben in den Heimen vier Wochen, kehren dann luft- und sonnengebräunt in die Grosstadt zurück, um anderen Kindern Platz zu machen.

Die Ferienkinder sind in der Provinz gern gesehene Gäste. Wo ein Ferienheim untergebracht ist, gibt es für die Landbevölkerung und für die Geschäftsleute Verdienst, da bei aller Sparsamkeit und bei einfachster Betriebsführung dennoch namhafte Mittel für die Versorgung der Kinder aufgewendet werden. So kostet zum Beispiel ein Vierwochenbetrieb in den Heimen Sulzbach und Laas zusammen rund fünfzigtausend Schilling.

.....

## Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung.

In der nächsten Zeit werden in Währing die Czartoryskigasse und ein Teil der Alseggerstrasse mit elektrischer Beleuchtung eingerichtet. Der Magistrat hat die Aufträge zur Durchführung der notwendigen Installationsarbeiten bereits vergeben.

.....

## Uhrenmuseum der Stadt Wien.

Das Uhrenmuseum der Stadt Wien, Schulhof 2, wird am kommenden Samstag wieder eröffnet. Die erste Führung findet an diesem Tage pünktlich um 10 Uhr vormittags, die zweite pünktlich um 4 Uhr nachmittags statt. Eintrittspreis vierzig Groschen, Führungen unentgeltlich.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 227  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 11. August 1933.

## Jugend in Arbeit.

### Förderung der Aktion durch die Gemeinde Wien.

Vor einigen Wochen ist in Fortsetzung der überparteilichen Institutionen "Jugend in Not" und "Jugend am Werk" eine neue überparteiliche Institution "Jugend in Arbeit" ins Leben gerufen worden. Diese neue Institution, an deren Spitze amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler steht, hat sich, entsprechend dem Gesetz über den freiwilligen Arbeitsdienst, insbesondere die Auswahl und Zusammenstellung von arbeitswilligen Jugendlichen, die Fürsorge für Arbeitsdienstwillige und die Aufsuchung, Auswahl, Bearbeitung und Durchführung von Projekten des freiwilligen Arbeitsdienstes zur Aufgabe gestellt. Die neue Aktion findet selbstverständlich bei der Gemeinde Wien die grösste Unterstützung. Die Industrielle Bezirkskommission stellt der Aktion für jeden Arbeitswilligen eine täglich Bauschgebühr von 2 Schilling bis 2 Schilling 50 Groschen zur Verfügung. Da diese Gebühren zur Deckung der gesamten Ausgaben jedoch nicht hinreichen, hat die Gemeindeverwaltung beschlossen, dem Verein "Jugend in Arbeit" den Betrag von 40.000 Schilling zu widmen, um ihm die Möglichkeit zu geben, bestimmte Arbeitsvorhaben durchzuführen. Ausserdem stellen die städtischen Strassenbahnen auf Grund eines Beschlusses des Gemeinderatsausschusses für die städtischen Unternehmungen der Aktion "Jugend in Arbeit" 10.000 Stück Hin- und Rückfahrtscheine zum Einzelpreis von 14 Groschen für die Beförderung der Arbeitswilligen zur und von der Arbeitsstelle zur Verfügung.

### Fremde besichtigen das Wiener Rathaus.

Zu den schönsten Gebäuden Wiens zählt das Wiener Rathaus. Es ist daher nicht verwunderlich, dass zahlreiche Fremde, die Wien besuchen, auch das Rathaus besichtigen wollen. Die Rathausverwaltung hat darum dafür vorgesorgt, dass Fremde unentgeltlich die Sitzungs- und Festsäle besichtigen können; von dieser Einrichtung wird auch häufig Gebrauch gemacht. So haben im vergangenen Monat 339 Personen die Sitzungs- und Festsäle des Wiener Rathauses besichtigt, und zwar 60 Einzelbesucher und 10 Reisegruppen mit zusammen 279 Teilnehmern. Von den Einzelbesuchern waren 7 aus den österreichischen Bundesländern, 4 aus dem Deutschen Reich, 2 aus der Schweiz, 11 aus der Tschechoslowakei, 4 aus Ungarn, 1 aus Jugoslawien, 8 aus Frankreich, 6 aus Belgien, 5 aus England, 3 aus Italien, 1 aus Britisch-Indien, 3 aus Kanada und 5 aus den Vereinigten Staaten von Amerika gekommen. Unter den Reisegruppen sind 4 Schülerreisen aus österreichischen Bundesländern mit insgesamt 104 Teilnehmern, je eine Reisegruppe aus Ungarn, Belgien, England und Italien und 2 Reisegesellschaften aus den Vereinigten Staaten von Amerika hervorzuheben. Die ungarische Reisegesellschaft zählte 19 Teilnehmer, die belgische 43, die englische 29, die italienische 25 und die beiden amerikanischen Reisegesellschaften zusammen 59 Teilnehmer.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

228

Wien, am 12. August 1933

---

## Jubilare der Ehe.

In der vergangenen Woche feierten die Ehepaare Ferdinand und Josefa Dworacek, Franz und Rosina Grossmann und Simon und Pauline Schwarzbauer die fünfzigste Wiederkehr ihres Hochzeitstages. In Vertretung des Bürgermeisters besuchte amtsführender Stadtrat Honay die Jubelpaare in ihren Wohnungen, beglückwünschte sie und überreichte ihnen die Ehrengaben der Stadt Wien.

.-.-.-.-.-

## Die städtischen Warmbäder am 15. August.

Die städtische Bäderverwaltung teilt mit, dass die Wiener städtischen Dampf- und Wannenbäder (Amalienbad, Thaliabad, Jörgerbad und Floridsdorferbad) am kommenden Dienstag (Feiertag) entsprechend der Neuordnung der gesetzlichen Feiertage wie an Sonntagen von 7 Uhr bis 12 Uhr geöffnet sind. Die Schwimmhallen des Jörgerbades und des Amalienbades sind wie die Sommerbäder den ganzen Tag offen. Die Volksbäder (Brausebäder) sind am 15. August geschlossen.

.-.-.-.-.-

## Eröffnung des städtischen Kinderfreibades Währinger-Park.

Heute wurde das neue städtische Kinderfreibad in Währingerpark eröffnet. Es ist dies das dreiundzwanzigste Wiener städtische Kinderfreibad. Das neue Bad verfügt über fünfhundert Umkleidestellen.

.-.-.-.-.-

## Die Wiener städtische Schulzahnpflege.

### Bericht über das Schuljahr 1931/32. - Mehr als 100.000 Kinder von der Schulzahnpflege erfasst.

Aus dem Bericht der Wiener städtischen Schulzahnpflege über das Schuljahr 1931/32 geht hervor, dass die Stadt Wien in diesem Schuljahr 15 Schulzahnkliniken für die Kinder der öffentlichen Schulen und ausserdem 3 Anstaltszahnkliniken, im Zentralkinderheim, auf der Baumgartnerhöhe und im Kinderheim Wilhelminenberg, betrieb. In den städtischen Schulzahnkliniken waren im Schuljahr 1931/32 37 Ärzte und 37 Ordinationsgehilfinnen beschäftigt.

In der Obsorge der städtischen Schulzahnkliniken standen im Berichtsjahre 101.244 Kinder, von denen 67.566 in den Schulzahnkliniken auch behandelt wurden, während 12.577 Kinder in privatärztliche und 21.101 Kinder in kassenärztliche Behandlung gewiesen worden sind. Der Bericht der Schulzahnkliniken weist aus, dass im Schuljahr 1931/32 insgesamt 80.210 Zahnfüllungen vorgenommen wurden und dass 23.235 Milchzähne und 716 bleibende Zähne extrahiert werden mussten. Die geringe Zahl der Extraktionen bleibender Zähne zeigt, dass in den Schulzahnkliniken systematische Zahnpflege betrieben wird. Die Kinder werden nämlich schon in der ersten Schulklasse in die systematische Schulzahnpflege aufgenommen, wodurch es gelingt, bei allen Kindern, die regelmässig zur Behandlung erscheinen, die bleibenden Zähne rechtzeitig mit Füllungen zu versehen und sie so vollkommen kaufähig im Munde zu erhalten.

Die Schulzahnkliniken haben aber nicht nur für die zahnärztliche Behandlung der Kinder zu sorgen, sondern sollen die Kinder auch zu ordentlicher Zahn- und Mundpflege erziehen. Im Schuljahr 1931/32 wurde daher in den Schulzahnkliniken in 171.887 Fällen sogenannter Zahnärztstununterricht erteilt.

Der Bericht der städtischen Schulzahnpflege beweist, dass das Verständnis der Bevölkerung für die Notwendigkeit zahnärztlicher Behandlung sehr gross ist und dass die Kinder fleissig die Schulzahnkliniken besuchen. Es wäre unmöglich, eine solche Leistung zu erzielen, wenn die Kinder nicht geradezu mustergültige Patienten wären. Alle Schulzahnärzte versichern übereinstimmend, dass die Kinder alles dazu tun, um eine rasche und zweckmässige Erledigung der mit der Schulzahnpflege verbundenen Arbeit zu ermöglichen. Wenn die Eltern nicht die Zeit finden, ihre Kinder zu der Behandlung zu begleiten, so erscheinen die Patienten sehr häufig allein vollkommen zwanglos an dem für sie bestimmten Termin, um die notwendigen zahnärztlichen Behandlungen durchführen zu lassen.

### Die städtischen Bäder am 15. August.

Die städtische Bädervorwaltung teilt mit, dass die Wiener städtischen Dampf- und Wannobäder (Amalienbad, Thaliabad, Jörgorbad und Floridsdorferbad) morgen, Dienstag, (Feiertag) wie an Sonntagen von 7 Uhr bis 12 Uhr geöffnet sind. Die Schwimmhallen des Jörgorbades und des Amalienbades und die Sommerbäder sind den ganzen Tag offen. Die Volksbäder (Brausebäder) sind morgen, Dienstag, geschlossen.

### Strassenbahnfahrpreis am 15. August.

Morgen, Dienstag, (Mariä Himmelfahrt) gilt auf der Strassenbahn und auf der Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten und Arbeitslosenfürsorgescheine haben morgen, Dienstag, keine Gültigkeit. Der Autobusverkehr ist morgen, Dienstag, eingestellt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH 230

Wien, am 16. August 1933.

## Französische Junglehrer in Wien.

### Empfang im Rathaus.

Vor einigen Tagen kam eine Gruppe von Junglehrerinnen und Junglehrern aus Paris, Mitgliedern des Syndicat National des Instituteurs de France, nach Wien, um das Neue Wien zu besichtigen. Das Syndicat National des Instituteurs de France ist der grosse französische Lehrerverein, der mehr als 80.000 Mitglieder hat. Die Führung der Gruppe lag in den Händen des Direktors F. Schouler aus Reims.

Die Gäste, die unter der Führung des Direktors Ronge das Neue Wien besichtigt hatten, wurden am Montag im Sitzungssaal des Wiener Stadtsonates durch Vizebürgermeister Emmerling empfangen. Direktor Schouler dankte für die freundliche Aufnahme in Wien und für den Empfang im Rathaus. Es sei für die Junglehrer von besonderer Bedeutung, dass sie am Beginn ihrer Tätigkeit die Schöpfungen des Neuen Wien haben kennenlernen können. Er sei überzeugt, dass nicht nur für sie selbst, sondern auch für ihre Kameraden in Paris die gewonnenen Eindrücke von höchster Bedeutung sein werden.

Vizebürgermeister Emmerling begrüßte die Gäste namens der Stadt Wien, die schon durch ihre geographische Lage berufen sei, bei aller Wahrung der deutschen Kultur eine internationale Stadt zu sein. Im Bewusstsein dieser Aufgabe habe die Stadt nach den entsetzlichen Leiden des Weltkrieges ein neues Aufbauwerk begonnen, von dem die grossen Wohnhausanlagen und Siedlungen, die die Gäste haben besichtigen können, beredtes Zeugnis gaben. Er hoffe, dass die Junglehrer sich in Wien wohl fühlen und als Freunde Wiens in ihre Heimat zurückkehren. (Lebhafter Beifall).

### Wie schwer und wie gross sind die Neugeborenen in Wien?

Die Magistrats-Abteilung für Statistik hat eine Aufstellung über das Gewicht und die Länge der Neugeborenen der Wiener Wohnbevölkerung verfasst. Aus dieser Aufstellung geht hervor, dass im Jahre 1932 von 100 neugeborenen Knaben 2 über 4.400 Gramm schwer waren, während 25 zwischen 3.600 und 4.400 Gramm, 56 zwischen 2.800 und 3.600 Gramm, 13 zwischen 2.000 und 2.800 Gramm und 4 weniger als 2.000 Gramm wogen. Von 100 neugeborenen Mädchen betrug das Geburtsgewicht bei einem mehr als 4.400 Gramm, bei 17 zwischen 3.600 und 4.400 Gramm, bei 60 zwischen 2.800 und 3.600 Gramm, bei 18 zwischen 2.000 und 2.800 Gramm und bei 4 weniger als 2.000 Gramm. Auch im Jahre 1931 war die Verteilung der Geburtsgewichte ähnlich. Es ergibt sich somit, dass am häufigsten ein Geburtsgewicht zwischen 2.800 und 3.600 Gramm ist.

Aus der Aufstellung der Magistrats-Abteilung für Statistik geht auch hervor, dass von 100 in Wien geborenen Knaben zur Zeit der Geburt 2 eine Körperlänge über 56 Centimeter hatten, während die Körperlänge von 22 Knaben zwischen 52 und 56 Centimetern, von 60 zwischen 48 und 52 Centimetern, von 12 zwischen 44 und 48 Centimetern und von 4 weniger als 44 Centimeter war. Von 100 Mädchen hatten 4 eine Körperlänge von weniger als 44 Centimetern, während die Körperlänge von 17 Mädchen zwischen 44 und 48 Centimetern, von 64 zwischen 48 und 52 Centimetern, von 14 zwischen 52 und 56 Centimetern und von einem über 56 Centimeter war. Sowohl bei den Knaben als auch bei den Mädchen ist also eine Körperlänge zwischen 48 und 52 Centimetern bei der Geburt am häufigsten.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 231  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 17. August 1933

## Die Zahl der Hunde in Wien geht zurück.

### Wirkungen der Wirtschaftskrise.

Nach einer Aufstellung der Magistrats-Abteilung für Statistik betrug die Zahl der Hunde in Wien am Ende des vorigen Jahres 72.388, während sie Ende 1931 76.397, Ende 1930 79.640 und Ende 1929 82.896 betragen hatte. Es ist also ein deutlicher Rückgang der Zahl der Hunde in Wien zu verzeichnen. Diese sinkenden Tendenz zeigt sich in allen Wiener Bezirken. Den stärksten Rückgang weisen die Bezirke Leopoldstadt, Favoriten, Simmering, Rudolfsheim, <sup>Fünfhaus</sup>, Ottakring, Hornals, Brigittenau und Floridsdorf auf; am stärksten war der Rückgang in Rudolfsheim und in der Brigittenau. Es kann gar kein Zweifel sein, dass die Bezirke, die gegenüber den anderen einen stärkeren Rückgang der Hundezahl aufweisen, nach der sozialen Schichtung ihrer Bewohner besonders schwer unter der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit leiden.

## Lehramtsprüfungen für landwirtschaftliche Haushaltungsschulen im Oktober 1933.

Der Wiener Magistrat macht darauf aufmerksam, dass das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Ausschreibung einer Befähigungsprüfung für das Lehramt an landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen für den Oktobertermin beabsichtigt. Für die Zulassung zur Prüfung ist erforderlich:

- a) Absolvierung einer Hauptschule oder gleichwertigen anderen Lehranstalt mit gutem Durchschnittserfolge;
- b) erfolgreiche Absolvierung einer öffentlichen oder mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten landwirtschaftlichen Haushaltungsschule mit einjähriger Unterrichtsdauer, nachfolgende Absolvierung eines landwirtschaftlichen Haushaltungslehrerinnenseminars mit dreijähriger Unterrichtsdauer und erfolgreiche Ablegung der Reifeprüfung an diesem,
- c) praktische fachliche Betätigung in geeigneten hauswirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Betrieben in verantwortlicher Dienststellung mit Ausschluss der elterlichen Wirtschaften - in der Dauer von wenigstens zwei Jahren nach Absolvierung des Haushaltungslehrerinnenseminars, und zwar ein Jahr in landwirtschaftlichen und ein Jahr in hauswirtschaftlichen Betrieben.

Gegenstand der theoretischen und praktischen Prüfung ist die gesamte Hauswirtschaftslehre, dann die Landwirtschaftslehre, soweit sie für die Hausfrau auf dem Lande von Bedeutung ist, unter Zugrundeliegung des Lehrstoffes und Lehrzieles eines landwirtschaftlichen Haushaltungslehrerinnenseminars mit dreijähriger Unterrichtsdauer. Die schriftlichen Gesuche sind bis spätestens 31. August beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft einzubringen. Später einlangende Gesuche haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung zum Oktobertermin. Dem Gesuche sind Tauf- (Geburts-) schein und Heimatschein, der urkundliche Nachweis der Erfüllung der Zulassungsbedingungen und eine Darstellung des Lebenslaufes der Prüfungs-<sup>nur</sup>werberin beizulegen. Die Prüfung wird <sup>nur</sup>dann ausgeschrieben, wenn sich mindestens 4 Kandidatinnen zur Prüfung melden.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH 232

Wien, am 18. August 1933

---

An welchem Tag heiraten die meisten Brautpaare in Wien ?

Die meisten Ehen werden an Sonntagen geschlossen.- 254 Trauungen  
am Faschingsonntag.

Aus einer Zusammenstellung der Magistrats-Abteilung für Statistik über die Zahl der Trauungen an den einzelnen Tagen des ersten Quartals des heurigen Jahres ergibt sich, dass der Sonntag von den Brautpaaren am meisten bevorzugt war.

Im ersten Quartal des heurigen Jahres heirateten am Sonntag durchschnittlich 105 Paare in Wien, während der Tagesdurchschnitt überhaupt kaum 32 betrug. Diese Bevorzugung des Sonntags zeigt sich fast gleichmässig bei allen Konfessionen; besonders stark ist sie bei den Israeliten, bei denen die Sonntagstrauungen nämlich 77 Prozent aller Trauungen überhaupt sind, während 54 Prozent der katholischen Brautleute und 52 Prozent der nichtkatholischen christlichen Brautleute an Sonntagen heirateten. Vor der politischen Behörde ist im ersten Quartal des heurigen Jahres überhaupt keine Trauung an einem Sonntag vorgenommen worden.

Der zweitstärkste Trauungstag ist der Samstag, dessen Durchschnittszahl rund 43 beträgt, also weit unter der Hälfte des Sonntagsdurchschnittes - 105 - bleibt. Bei den christlichen Konfessionen ist der Samstag der zweitstärkste Trauungstag, bei den Konfessionslosen aber der stärkste, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass für die Trauungen vor der politischen Behörde der Sonntag nicht zur Verfügung steht. Bei den Israeliten sind im ganzen ersten Quartal des heurigen Jahres nur 2 Trauungen an Samstagen vorgenommen worden, was unzweifelhaft mit rituellen Vorschriften zusammenhängt.

Durchschnittlich 25 Trauungen fanden am Dienstag, durchschnittlich 23 am Montag und durchschnittlich 16 am Donnerstag statt, während der Tagesdurchschnitt des Mittwochs nicht einmal 8 Trauungen betrug. Der schwächste Trauungstag aber ist der Freitag, der einen Tagesdurchschnitt von etwas mehr als 3 Trauungen, also etwa ein Zehntel des Tagesdurchschnittes überhaupt, aufweist. Dabei ist hier bei allen Konfessionen das Verhalten gleichartig, was wohl zum grossen Teil auf den Aberglauben gegen den Freitag zurückzuführen sein wird.

Der stärkste Trauungstag des ganzen ersten Quartals des heurigen Jahres war der Faschingsonntag, der 26. Februar, mit 217 römisch-katholischen, 21 sonstigen christlichen und 16 mosaischen, zusammen also mit 254 Trauungen.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH 233

Wien, am 19. August 1933.

## Rückgang der Zahl der Tuberkulose-todesfälle in Wien.

Bekanntlich hatte die energische Tuberkulosebekämpfung die Folge, dass die Zahl der Tuberkulose-todesfälle in Wien stark zurückgegangen war. Im Jahre 1931 hatte sich aber gegenüber 1930 trotzdem eine kleine Zunahme an Tuberkulose-todesfällen gezeigt, die bei der Wiener Wohnbevölkerung 149, bei der Gesamtzahl der in Wien Verstorbenen 179 betragen hatte. Umso bemerkenswerter ist es, dass diesem leichten Ansteigen der Zahl der Tuberkulose-todesfälle im vorigen Jahr ein deutlicher Rückgang gefolgt ist. Die Gesamtzahl der an Tuberkulose in Wien Verstorbenen betrug im Jahre 1932 nur mehr 2803 gegenüber 3158 Tuberkulose-todesfällen im Jahre 1931 und 2979 Tuberkulose-todesfällen im Jahre 1930. Von den 2803 in Wien im Jahre 1932 an Tuberkulose Verstorbenen gehörten 2621 der Wiener Wohnbevölkerung an. Jedenfalls beträgt der Rückgang der Zahl der Tuberkulose-todesfälle in Wien, der umso bemerkenswerter ist, als gleichzeitig Wien durch Mehrzuwanderung einen Bevölkerungszuwachs aufweist, gegenüber 1931 mehr als 11 Prozent und gegenüber 1930 fast 7 Prozent.

.....

## Ausgabe von Bezugsscheinen für Schnearbeiterkarten.

Die Magistratsabteilung 30 teilt mit:

Ausgesteuerte Arbeitslose können sich in der Zeit vom 1. bis zum 23. September bei ihrem zuständigen Arbeitsamt um einen Bezugsschein für eine Schnearbeiterkarte bewerben. Zur Überprüfung der Angaben des Bewerbers sind dem Arbeitsamt eine vor dem 1. August 1933 ausgestellte Meldungskarte oder ein Abweisungsbescheid und der Meldezettel vorzulegen. Die Aufnahme von Schnearbeitern erfolgt nach Bedarf; ein Anspruch auf Beschäftigung besteht nicht.

.....

## Die Siedlungen in Wien.

Nach einer Zusammenstellung der Magistrats-Abteilung für Statistik waren Ende 1932 in Wien 241 Hektar als Siedlungsgelände beansprucht. Davon entfielen 8.147 Ar oder 34 Prozent auf Floridsdorf, 6.379 Ar oder 26 Prozent auf Hietzing, 3.743 Ar oder 15 Prozent auf Meidling, 2.465 Ar oder 10 Prozent auf Favoriten und der Rest auf Simmering, Ottakring, Hernals und Währing.

Von den 241 Hektar Siedlungsgelände in Wien gehörten 200 Hektar oder fast 83 Prozent der Gemeinde Wien, 11 Hektar oder fast 5 Prozent dem Bund und 30 Hektar oder mehr als 12 Prozent privaten Eigentümern.

Der Zuwachs an Siedlungsgelände in Wien in den letzten sechs Jahren betrug rund 70 Prozent, der Zuwachs an Wohnungen im Siedlungsgebiet rund 59 Prozent.

Von den 6.723 Wohnungen, die in Wien im Siedlungsgelände Ende 1932 gezählt wurden, waren 6.258 in Einfamilienhäusern. 2.408 Wohnungen oder 36 Prozent aller Wohnungen auf Siedlungsgelände waren in Gemeindefriedlungen, 206 Wohnungen oder 4 Prozent in Siedlungen, die mit Heimbauhilfe erbaut worden waren, 2965 Wohnungen oder 44 Prozent in Genossenschaftssiedlungen, die mit städtischer Kredithilfe erbaut worden waren, und nur 1.090 Wohnungen oder 16 Prozent der Gesamtzahl in Siedlungen, die ohne städtische Kredithilfe errichtet worden waren.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

2. Ausgabe.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

234

Wien, am 19. August 1933.

## Die neue Verordnung über den "Lastenausgleich".

Wie heute amtlich mitgeteilt wird, hat der Ministerrat beschlossen, der Gemeinde Wien einen "Lastenausgleich" von 36 Millionen Schilling jährlich aufzuerlegen.

Über diese Angelegenheit ist mit der Gemeinde Wien keine Verhandlung geführt worden. Bekanntlich haben die bisherigen Massnahmen, die die Regierung auf finanziellen Gebieten gegen die Gemeinde Wien unternommen hat, schon zu schweren finanziellen Einbussen der Gemeinde geführt. Die Streichung der Gewährleistungsklausel hat der Gemeinde Wien für 1932 einen Betrag von 19 Millionen Schilling und für 1933 einen Betrag von 34 Millionen Schilling entzogen. Die Neuordnung der Wiener Krankenanstaltenfrage hat der Gemeinde Wien eine jährliche Mehrbelastung von 6 Millionen Schilling auferlegt. Die Entziehung der Einhebung der Bundessteuern bedeutet für die Gemeinde Wien eine Einbusse von  $2\frac{1}{2}$  Millionen Schilling im Jahr, wozu noch kommt, dass 300 Gemeindeangestellte überflüssig geworden sind, die aber die Gemeinde weiterhin belasten.

Die Gemeinde Wien hat die Verluste, die ihr auf diese Weise zugefügt wurden, für heuer noch durch ausserordentliche Massnahmen, durch Heranziehung der letzten Reserven und durch eine sehr namhafte Kürzung der Angestelltenbezüge gedeckt. Die neue Massnahme der Regierung bedeutet, dass das für heuer mühsam hergestellte Gleichgewicht des Gemeindehaushaltes neuerdings zerstört wird und dass das Defizit, das die Gemeinde Wien im nächsten Jahr zu gewärtigen hat, weil die Reserven heuer verbraucht sein werden, nunmehr so gross werden wird, dass es ohne eine wesentliche Einschränkung der Verwaltung und ohne neue Steuer- und Tarifmassnahmen nicht bedeckt werden könnte.

Es ist zu bedenken, dass der Betrag von 36 Millionen Schilling, den die Gemeinde Wien jetzt als "Lastenausgleich" dem Bunde zu bezahlen hat, zwei Drittel dessen sind, was Gemeinde und Bundesland Wien im heurigen Jahr überhaupt an geteilten Bundesabgaben bekommen. 36 Millionen Schilling sind so viel, wie nach dem Präliminare folgende Gemeindeabgaben heuer einbringen sollen: Grundsteuer, Bodenwertabgabe vom verbauten Grund, Bodenwertabgabe vom unverbauten Grund, Nahrungs- oder Genussmittelabgabe, Fremdenzimmerabgabe, Wertzuwachsabgabe, Ankündigungsabgabe, Anzeigenabgabe, Hauspersonalabgabe, Pferdeabgabe, Hundeabgabe, Feuerversicherungsbeiträge, Polizeibehaltungabgabe, Konzessionsabgabe, Abgabe vom Verbrauch von Gas und elektrischem Strom.

In Anbetracht der Tatsache, dass weite Kreise der Bevölkerung auch schon heute die Steuern als hoch empfinden, kann man ermessen, was neue Massnahmen auf diesem Gebiete, die 36 Millionen Schilling einbringen sollen, bedeuten würden.

36 Millionen Schilling sind ein Viertel der gesamten, schon durch die letzten Kürzungen verringerten Jahresbezüge der Angestellten und Pensionisten der Gemeinde Wien. Es ist selbstverständlich, dass die zuständigen Gemeindeorgane in der allernächsten Zeit zu den neuen Tatsachen Stellung nehmen werden und dass der Gemeinderat binnen kurzem zu einer ausserordentlichen Sitzung einberufen werden wird, um sich mit der neuerlichen Belastung der Wiener Bevölkerung zu befassen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH 235

Wien, am 21. August 1933.

## Die Verordnung über den "Lastenausgleich".

Zu dem Beschluss des ausserordentlichen Ministerrates, wonach die Gemeinde Wien zur Leistung eines Lastenbeitrages an den Bund im Betrage von 36 Millionen Schilling jährlich verpflichtet wird, veröffentlicht die "Wiener Zeitung" eine Aeusserung über die Motive der Verordnung, die nach ihrer Angabe von "informierter Seite" stand. Darin wird ausgeführt, dass der Bund eine ganze Reihe von Aufwendungen gemacht habe, die im wirtschaftlichen Interesse der einzelnen Gemeinden gelogen seien, so die Sanierung der Banken, die Gründung der Gesellschaft für treuhänderige Verwaltung, die Aufwendungen betreffend die Sozialversicherung und schliesslich die Aufwendungen zur Sanierung der Bundesbahnen. An allen diesen Aufwendungen habe Wien in erster Linie partizipiert, ohne sie finanziell gefördert zu haben. Die Gemeinde Wien habe vielmehr ihre Bautätigkeit in gleichem Tempo fortgesetzt, weshalb es recht und billig erscheine, dass die Gemeinde Wien besonders für solche Aufwendungen, die in erster Linie für ihr Gebiet gemacht worden seien, zur finanziellen Beitragsleistung herangezogen werde. Während sich verschiedene Gemeinden bei der Umwandlung der Gemeindepolizei in eine Bundespolizei zur Leistung entsprechender Beiträge verpflichtet haben, werfe die Gemeinde Wien für die Bundespolizei lediglich einen Betrag von 105 Schilling jährlich aus. Die Verordnung bezwecke also die Anbahnung eines gerechten Finanzausgleiches zwischen Bund und Gemeinde Wien.

Hiezu erfährt die "Rathauskorrespondenz":

Dem Prinzip bundesstaatlicher Verfassung entspricht es, dass der Aufgabenkreis des Bundes <sup>ta)</sup> als solcher von dem Aufgabenkreis der einzelnen Bundesländer in der Verfassung genau abgegrenzt wird. Diesem Prinzip entsprechend hat auch die österreichische Bundesverfassung in ihren Kompetenzartikeln eine Aufteilung der Zuständigkeitsgebiete zwischen Bund und Ländern vorgenommen. Demgemäss müssen natürlich auch Bestimmungen über die Aufbringung der notwendigen Mittel für den Bund und für die einzelnen Bundesländer vorhanden sein, damit alle Gebietskörperschaften die ihnen durch die Verfassung zugewiesenen Verwaltungszweige besorgen können. Während die Bundesverfassung die Teilung der staatlichen Aufgaben zwischen Bund und Ländern regelt, enthalten das Finanzverfassungsgesetz und die verschiedenen auf Grund dieses Verfassungsgesetzes erlassenen Abgabenteilungsgesetze Bestimmungen über die dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zukommenden Einkünfte aus öffentlichen Abgaben. Es werden also nicht nur die Verwaltungsaufgaben, sondern auch die zu deren Besorgung nötigen Mittel unter den einzelnen öffentlichen Gebietskörperschaften aufgeteilt.

Sicherlich haben Verwaltungsmassnahmen des Bundes Wirkungen für alle Bundesländer. Es ist aber ganz irrig, einem Bundesland, also z. B. dem Bundesland Wien, einen besonderen Anteil daran zuzuschreiben. Der Bund erfüllt eben die ihm durch die Verfassung zugewiesenen Aufgaben ebenso, wie die einzelnen Länder ihre Aufgabengebiete zu erfüllen haben. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, dass Massnahmen zur Sanierung notleidender Banken, wenn solche Massnahmen überhaupt notwendig werden, in den Aufgabenkreis des Bundes fallen. Das wird von der "informierten Seite" auch gar nicht bestritten. Ob nicht an Stelle der Massnahmen die von der Bundesregierung getroffen worden sind, andere zweckmässiger

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am \_\_\_\_\_

gewesen wären, bleibe dahingestellt. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die ausführlichen Aussagerungen des damaligen Leiters der Wiener Finanzverwaltung erinnert. Jedenfalls haben die Massnahmen des Bundes ihre Auswirkungen selbstverständlich im ganzen Bundesgebiet gezeigt, also im Gebiete jedes einzelnen Bundeslandes und keineswegs im besonderer Weise im Bundesland Wien. Genau das Gleiche gilt für die ebenfalls unter den Motiven der Verordnung über den Lastenausgleich angeführte Gründung der Gesellschaft für treuhändige Verwaltung.

Wenn behauptet wird, dass der Bund besonders grosse Aufwendungen auf dem Gebiet der Sozialversicherung habe machen müssen, so ist dem entgegenzuhalten, dass oben das ganze Gebiet der Sozialversicherung nach den Bestimmungen der Bundesverfassung Bundessache ist, also einer jener vom Bund und nicht von den Ländern zu besorgenden Verwaltungszweige. Uebersehen darf dabei nicht werden, dass für grosse Zweige des Sozialversicherungswesens von den anderen Gebietskörperschaften erhebliche Beiträge zu leisten sind. So leistet das Bundesland Wien als Beitrag zu den Notstands<sup>d</sup>helfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge nach dem Voranschlag für das Jahr 1933 allein einen Beitrag von 13,459.000 Schilling. Dazu kommt, dass das ganze weite Gebiet der allgemeinen Fürsorge in Wien ohne jeden Bundeszuschuss aus Mitteln der Stadt Wien bestritten werden muss.

Wenn schliesslich die Deckung des finanziellen Abganges der Bundesbahnen angeführt wird, so ist hier überhaupt nicht einzusehen, warum gerade nur das Bundesland Wien hierzu einen Beitrag leisten sollte. Alle Verkehrsunternehmungen der Welt leiden besonders schwer unter der Krise. So haben auch die städtischen Strassenbahnen in den letzten Jahren mit beträchtlichen Betriebsabgängen zu kämpfen.

Seit dem nach der Neuaufteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund <sup>und</sup> den Ländern durch das Finanzverfassungsgesetz und das Abgabenteilungsgesetz auch eine Aufteilung der Einkünfte vorgenommen worden war, sind immer wieder Novellierungen dieser Gesetze erfolgt, deren einziger Zweck es war, die Einnahmen Wiens zu schmälern, zunächst in der Tendenz, den anderen Bundesländern die Haushaltungsführung zu erleichtern. Schon mit der dritten Abgabenteilungsnovelle im Jahre 1924 begannen diese Kürzungen Wiens. Besonders stark fühlbar war dann insbesondere die Einführung eines Lastenausgleiches in der Höhe von mindestens sechseinhalb Millionen Schilling durch die 6. <sup>ab</sup> Abgabenteilungsnovelle im Jahre 1928. Von ganz besonderer Härte aber waren jene Massnahmen, die durch das Finanzausgleichsgesetz vom Jahre 1931 zu Lasten Wiens verfügt worden sind. Abgesehen davon, dass Wien als einzige Gemeinde in seiner Ertragsbeteiligung an der Warenumsatzsteuer und den Getränkesteuern auf einen gegenüber den übrigen Gemeinden gekürzten Schlüssel gestellt wurde und dass zu Lasten Wiens Abzüge bei der Bekenntniseinkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer zugunsten der übrigen Bundesländer vorgenommen wurden, hat überdies Wien von seinen Ertragsanteilen als Bundesland nach den Bestimmungen dieses Gesetzes den übrigen Ländern und Gemeinden rund 16½ Prozent zur Verfügung zu stellen. Wie tief einschneidend diese gesetzlichen Massnahmen sich für die Einnahmen Wiens auswirkten, beweist am besten, dass der Rechnungsabschluss Wiens für das Jahr 1928 noch einen Betrag von 136,781.531 Schilling als Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Abgaben ausweist, während nach der end-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt.

Wien, am \_\_\_\_\_

giltigen Rechnung des Bundesministeriums für Finanzen die Ertragsanteile Wiens für 1932 nur mehr 72,335.905 Schilling ausmachen. Dieser Rückgang ist nur zum kleineren Teil auf den bekannten Rückgang der Ertragnisse der öffentlichen Abgaben überhaupt, zum weitaus grösseren Teil aber auf die Massnahmen des Bundes zurückzuführen. Allerdings hatte der Bund ursprünglich, als er zur Verbesserung seiner Finanzen sich einen Vorzugsanteil von zuerst 50 und späterhin 40 Millionen Schilling jährlich aus dem Ertragnis der gemeinschaftlichen Abgaben vorbehalten hatte, allen Bundesländern und der Gesamtheit der Gemeinden jedes Bundeslandes, ebenso natürlich der Bundeshauptstadt Wien, eine Garantie für ein Mindestertragnis aus der Ertragnisbeteiligung an den gemeinschaftlichen Abgaben übernommen. Als dann zum ersten Mal die Gefahr bestand, dass sich diese Garantiebestimmung wirksam erweisen werde, hat die Bundesregierung unter Berufung auf das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz zunächst diese Garantie für die Zeit ab 1. Jänner 1933 beseitigt. Und als dann Wien für das Jahr 1932 beim Verfassungsgerichtshof eine Klage gegen den Bund auf die sich aus der Garantie ergebende Verpflichtung zur Leistung einer zusätzlichen Zahlung von rund 19.6 Millionen Schilling eingebracht hatte, welche Verpflichtung vom Bund allerdings nicht anerkannt worden war, ist zwei Tage vor der Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof wieder mittels Notverordnung die Garantieklausel auch rückwirkend auf das Jahre 1932 ausser Wirksamkeit gesetzt worden. Der Prozess ist vom Verfassungsgerichtshof bekanntlich noch nicht entschieden worden, weil der Verfassungsgerichtshof sich zunächst genötigt sah, die amtswegige Prüfung der Notverordnung über die Zusammensetzung des Gerichtshofes selbst einzuleiten. Für das Jahr 1933 würde sich nach den bisherigen Eingängen an Ertragsanteilen ergeben, dass Wien schätzungsweise höchstens einen Betrag von rund 54 Millionen Schilling aus den gemeinschaftlichen Abgaben erhält, während bei Geltung der Garantieklauseln nach dem Standpunkte Wiens der Bund 91.9 Millionen Schilling zu leisten hätte.

Ausser den erwähnten Minderungen der Ertragsanteile durch die verschiedenen Novellen zur Abgabenteilung und durch die Ausserkraftsetzung der Garantieklauseln hat Wien im Laufe der Jahre aber noch dadurch wesentliche Einbussen erlitten, dass der Bund Abgaben, an deren Ertragnis Wien in ganz bedeutendem Masse beteiligt war, herabgesetzt hat. Es sei nur beispielsweise verwiesen auf die Ermässigung der Weinsteuern durch das Bundesgesetz vom 1. Juni 1926, auf die Ermässigung der Schaufweinsteuer durch das Bundesgesetz vom 13. Juni 1928, auf die Herabsetzung der Wettgebühren durch die Bundesgesetze vom 29. Juli 1924 und vom 2. Juli 1926 und auf die Herabsetzung der Immobiliergebühren durch das Bundesgesetz vom 17. Dezember 1927. Der Bund selbst hat sich aber durch die recht ausgiebige Krisensteuergesetzgebung sehr erhebliche neue Einkünfte zu verschaffen gewusst, ohne die übrigen Gebietskörperschaften daran zu beteiligen. So sei nur beispielsweise verwiesen auf die Einführung der Besatzungssteuer und der Ledigensteuer, auf die verschiedenen Krisenzuschläge - bei der Warenumsatzsteuer bedeutet das eine Verdoppelung, auf die beträchtlichen Zollerhöhungen usw.

Dass der Bund überdies in den letzten Monaten der Gemeinde durch die Entziehung der Einhebung der Bundessteuern etwa 2½ Millionen Schilling entzogen hat, ohne die unnötig gewordenen Angestellten zu übernehmen, und dass weiters in der Krankenanstaltenfrage Wien neue Lasten

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
IV. Blatt. FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am \_\_\_\_\_

von etwa 6 Millionen Schilling aufgebürdet worden sind, ist bereits hinlänglich bekannt.

Als Motiv für die Erlassung der neuen Verordnung über den Lastenausgleich wird insbesondere auch angeführt, dass die Gemeinde Wien ihre Bautätigkeit in gleichem Tempo fortsetze. Dazu ist zu bemerken, dass Wien früher alljährlich mehr als 90 Millionen Schilling, im Jahre 1926 beispielsweise sogar über 116 Millionen Schilling, für Wohnhaus- und Siedlungsbauten aufgewandt hatte, während schon im Jahre 1932 der Gesamtaufwand für Wohnhaus- und Siedlungsbauten einschliesslich der hierfür notwendigen Personalkosten und der Kosten der Stadtrandsiedlung insgesamt rund 43 Millionen Schilling betrug, also nur um rund 2 Millionen Schilling höher war als das Erträgnis der Wohnbausteuer. Für das Jahr 1933 ist im Voranschlag der Stadt Wien für Wohnhaus- und Siedlungsbauten überhaupt nur mehr ein Betrag eingesetzt, der dem präliminierten Erträgnis der Wohnbausteuer, die ja eine Zwecksteuer ist, entspricht. Dass also Wien seine Wohnbautätigkeit "in gleichem Tempo" fortsetze, beruht leider nicht auf Richtigkeit. Es sind auf diesem Gebiet vielmehr sehr wesentliche Einschränkungen notwendig geworden. Weitere Einschränkungen der Bautätigkeit stünden im krassesten Widerspruch zu den immer wieder hervorgehobenen Bestrebungen nach Schaffung von Arbeitsmöglichkeit.

Schliesslich wird unter den Motiven des Ministerratsbeschlusses über den Lastenbeitrag Wiens auch noch angeführt, dass Wien für die Bundespolizei lediglich einen Beitrag von 105 Schilling leiste. Dazu ist zu bemerken, dass Bundespolizei und Bundesgendarmerie nach der Bundesverfassung zu den Aufgaben des Bundes gehören, also auch der notwendige Aufwand hierfür vom Bund aus dessen Mitteln zu bestreiten ist. Während aber aus dem früher erwähnten Bundespräzipium von derzeit 40 Millionen Schilling jährlich die Bundesländer mit Ausnahme Wiens 26½ Millionen Schilling jährlich als Beitrag zu den Kosten der mittelbaren Bundesverwaltung vom Bund erhalten, bekommt Wien für seine Verwaltung, also auch für die mittelbare Bundesverwaltung in Wien, nicht einen Groschen. Wien, das also als einziges Bundesland die Kosten der mittelbaren Bundesverwaltung zur Gänze aus eigenen Mitteln bedecken muss, soll überdies noch die Kosten von Bundesbehörden, oben die Kosten der Bundespolizei, zu einem erheblichen Prozentsatz decken.

Die Verordnung, die Wien neuerlich einen grossen Betrag von 36 Millionen Schilling jährlich entzieht, bedeutet also eine vollkommene Umwälzung der Abgabenteilung zum Nachteil Wiens, ohne dass, wie es im Finanz-Verfassungsgesetz dem Bund ausdrücklich als Verpflichtung vorgeschrieben ist, eine entsprechende Entlastung von Ausgaben oder Eröffnung neuer entsprechender Einnahmen für Wien vorgesehen worden wäre.

## Goldene Hochzeit.

Der seit mehr als 50 Jahren in Margaretten etablierte Handschuhmachermeister Karl Adam feierte Samstag im engsten Familienkreise die goldene Hochzeit. Adam steht im 77. Lebensjahr, seine Gattin Martha ist 70 Jahre alt. Das Ehepaar ist in Wien geboren und erfreut sich der grössten Beliebtheit. Von den drei Kindern des Jubelpaares ist nur mehr eine Tochter am Leben. An der Feier nahm in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay teil, der in herzlichen Worten die Glückwünsche der Stadt Wien zum Ausdruck brachte und die Ehrengeschenke der Gemeinde überreichte.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH 236

Wien, am 22. August 1933.

## Sitzung des Wiener Landtages.

Der Wiener Landtag tritt am Freitag, den 25. August, um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

.....

## Aus der Wohlfahrtspflege der Gemeinde Wien,

### Statistische Daten vom Mai 1933.

### Fast 2 Millionen Schilling Aufwand für die offene Fürsorge im Monat Mai.

Nach einem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik wurden im Mai des heurigen Jahres in der offenen Fürsorge der Gemeinde Wien für Erhaltungsbeiträge rund 1,231.000 Schilling, für Pflegebeiträge 335.000 Schilling, für Pflegegelder rund 182.000 Schilling und für Aushilfen rund 89.000 Schilling aufgewendet. Insgesamt beträgt also der Aufwand für diesen Zweig der Fürsorge im Berichtsmonat rund 1,837.000 Schilling.

\*

### Mutterberatung, Kindergärten, Kinderhorte und Kinderausspeisungen.

Die städtischen Mutterberatungsstellen führten im heurigen Mai 24.236 Beratungen durch, das sind um 2.444 Beratungen mehr als im April 1933 und um 39 Beratungen mehr als im Mai 1932.

Die städtischen Kindergärten wurden im Berichtsmonat täglich von durchschnittlich 6.661 Kindern, die städtischen Kinderhorte von täglich durchschnittlich 2.329 Kindern besucht.

Bei den städtischen Kinderausspeisungen wurden im Mai des heurigen Jahres 359.114 Speiseportionen ausgeteilt, um 27.682 Portionen mehr als im vergangenen April und um 15.908 Portionen mehr als im Mai 1932.

\*

### Die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten.

Die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten nahmen im Mai 1933 insgesamt 3.500 Personen auf. Die Zahl der Verpflogstage im Berichtsmonat betrug 535.111, wovon 248.324 Verpflogstage auf Versorgungshäuser, 159.082 Verpflogstage auf Anstalten für Geisteskranke und 63.035 Verpflogstage auf städtische Krankenanstalten entfielen.

\*

### Rettungsdienst und städtischer Sanitätsbetrieb.

Für den Rettungsdienst weist die Statistik im vergangenen Mai 5.378 Hilfsleistungen aus.

Der städtische Sanitätsbetrieb hat im vergangenen Mai 3.863 Krankentransporte durchgeführt, das ist um 147 mehr als im April 1933 und um 351 mehr als im Mai 1932.

.....

### Jubilare der Ehe.

In Vertretung des Bürgermeisters erschien am vorigen Samstag amtsführender Stadtrat Honay in den Wohnungen der Ehepaare Karl und Maria Adam, Jakob und Marie Dworak, Anton und Leopoldine Gruber und Wilhelm und Berta Lichtenegger, beglückwünschte sie anlässlich der 50. Wiederverkehr des Jahrestages ihrer Eheschließung und überreichte ihnen die Ehrengaben der Stadt Wien. Die vier Jubelpaare hatten insgesamt 19 Kinder, von denen noch 10 am Leben sind. An den Feiern nahmen auch die 13 Enkelkinder der Jubelpaare teil.

.....

### Entfallende Sprechstunde.

Wegen dienstlicher Vorhinderung entfällt übermorgen, Donnerstag, die Sprechstunde bei amtsführendem Stadtrat Honay.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH 237

Wien, am 23. August 1933.

## Die Grosstadt in Zahlen.

### Statistische Daten vom vergangenen Mai.

#### Strassenbahn- und Autobusverkehr.

Wie die Magistrats-Abteilung für Statistik mitteilt, fuhren die Wiener städtischen Strassenbahnen im vergangenen Mai insgesamt 11,395.000 Wagenkilometer und die städtischen Autobusse 309.000 Wagenkilometer. Die Strassenbahnen beförderten im Berichtsmonat 42,002.000 Personen, die städtischen Autobusse 1,977.000 Personen.

\*

#### Gas-, Strom-, Wasser- und Brennstoffverbrauch.

Im Mai 1933 wurden in Wien insgesamt 24,561.000 Kubikmeter Gas verbraucht. Die städtischen Elektrizitätswerke erzeugten im Berichtsmo-  
nat insgesamt 36,316.000 Kilowattstunden Strom. Der Wasserverbrauch Wiens im vergangenen Mai betrug 8,394.000 Kubikmeter, um 862.000 Kubikmeter mehr als im vergangenen April und um 403.000 Kubikmeter weniger als im Mai 1932.

Nach dem Monatsausweis der Magistrats-Abteilung für Statistik wurden im Berichtsmonate in Wien 126.000 Tonnen Brennstoff verbraucht, um 3.000 Tonnen mehr als im April 1933, aber um 41.000 Tonnen weniger als im Mai 1932. Von den 126.000 Tonnen Brennstoff, die im Mai 1933 in Wien verbraucht wurden, waren 54.000 Tonnen inländischer Herkunft, während im vergangenen April 56.000 Tonnen und <sup>im</sup> 1932 52.000 Tonnen Brennstoff inländischer Herkunft in Wien verbraucht worden waren. Der Brennstoffverbrauch der Industrie in Wien betrug im vergangenen Mai 11.000 Tonnen, um 2.000 Tonnen weniger als im April 1933 und um 3.000 Tonnen weniger als im Mai 1932.

\*

#### Die Spareinlagen.

Die Höhe der Spareinlagen in Wien betrug im vergangenen Mai 1,213,099.000 Schilling, das ist um 18,807.000 Schilling mehr als im vergangenen April und um 88,990.000 Schilling mehr als im Mai 1932.

\*

#### Städtische Bäder.

Die Wiener städtischen Bäder hatten im vergangenen Mai insgesamt 700.758 Besucher, wovon 61.976 unentgeltlich badende Kinder waren. Die Zahl der Bäderbesucher ist gegenüber dem vergangenen April um 79.142 Personen gesunken, die Zahl der unentgeltlich badenden Kinder um 4.844 gestiegen.

\*

#### Infektionskrankheiten und Aufnahmen in Krankenanstalten.

Nach dem Berichte der Magistrats-Abteilung für Statistik wurden im vergangenen Mai 528 Anzeigen über Scharlacherkrankungen, 371 Anzeigen über Erkrankungen an Diphtherie und 512 Anzeigen über Erkrankungen an Schafblattern erstattet. Die Zahl der Scharlacherkrankungen ist somit gegenüber dem vergangenen April um 125 und gegenüber Mai 1932 um 10 gesunken. Auch die Zahl der Diphtherieerkrankungen ist gegenüber April 1933 um 72 gesunken, aber gegenüber Mai 1932 um 13 gestiegen. Die Zahl der Schafblatternfälle ist gegenüber dem vergangenen April um 183 und gegenüber Mai 1932 um 23 gestiegen.

In die Wiener Krankenanstalten wurden im Mai des heurigen Jahres 18.533 Personen aufgenommen, während im vergangenen April 16.064 Personen und im Mai 1932 <sup>19.182</sup> Personen in die Krankenanstalten Wiens aufgenommen worden waren.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am.....

## Die Wiener Schlichtungsstellen.

An die Wiener Schlichtungsstellen wurden im vergangenen Mai 1.054 Anträge auf Schlichtung von Streitfällen gestellt, um 113 mehr als im vergangenen April, aber um 139 weniger als <sup>im</sup> Mai 1932. Erledigt wurden von den Wiener Schlichtungsstellen im vergangenen Mai 1.033 Fälle, um 118 mehr als im April 1933, aber um 77 weniger als im Mai 1932.

\*

## Die Bautätigkeit in Wien.

Im vergangenen Mai wurden 77 Baubeginnsanzeigen erstattet, um 14 weniger als im vergangenen April, aber um 5 mehr als im Mai 1932. Die Zahl der im Mai 1933 in Wien fertiggestellten Wohnungen betrug 172, wovon 124 Wohnungen in Wohnhausbauten der Gemeinde Wien waren.

\*

## Fremdenverkehr.

Nach dem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik kamen im vergangenen Mai in Wien 35.261 Fremde an, um 877 mehr als im vergangenen April, aber um 3.596 weniger als im Mai 1932. Von den im Mai des heurigen Jahres in Wien angekommenen Fremden waren 11.461 Inländer und 23.800 Ausländer.

\*

## Ausrückungen der Feuerwehr.

Die Statistik weist für den Mai des heurigen Jahres 386 Ausrückungen der Feuerwehr aus, das sind um 92 mehr als im vergangenen April, aber um 136 weniger als im Mai 1932. Von den 386 Ausrückungen der Feuerwehr im vergangenen Mai erfolgten 68 zu Bränden, während im vergangenen April 78 Ausrückungen zu Bränden und im Mai 1932 97 Ausrückungen zu Bränden erfolgt waren.

\*

## Verkehrsunfälle.

Nach dem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik ereigneten sich in Wien im vergangenen Mai 615 Verkehrsunfälle, das sind um 140 mehr als im vergangenen April, aber um 158 weniger als im Mai 1932.

\*

## Viehauftrieb auf den Märkten.

Auf den Wiener Viehmärkten wurden nach dem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik im vergangenen Mai 10.457 Rinder, 11.157 Kälber, 18.201 Fettschweine und 49.472 Fleischschweine aufgetrieben.

## Todesfälle an bösartigen Geschwülsten in Wien. Eine statistische Zusammenstellung über das Jahr 1932.

Nach einem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik haben sich in Wien im vorigen Jahr insgesamt 3.826 Todesfälle an bösartigen Geschwülsten ereignet, wovon 3.666 auf Krebs und 107 auf Sarkom entfielen. Von den Verstorbenen waren 65 Prozent in Heilanstalten behandelt worden; 3.553 waren Wiener und 273 Auswärtige. Von den 3.553 an bösartigen Geschwülsten verstorbenen Wienern waren 1.653 Männer und 1.900 Frauen. In der traurigen Statistik sind am häufigsten der Magenkrebs mit 838 Todesfällen, der Gebärmutterkrebs mit 362 Todesfällen, der Mastdarmkrebs mit 270 Todesfällen und der Lungen- und Luftröhrenkrebs mit 266 Todesfälle im vorigen Jahr.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 238  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 24. August 1933.

## Die Bevölkerungsbewegung in Wien im Mai 1933.

Wie die Magistrats-Abteilung für Statistik mitteilt, kamen heuer im Mai in Wien 1.312 Säuglinge lebend zur Welt. Da die Statistik für den vergangenen April 1.317 und für Mai 1932 1.395 Lebendgeborene in Wien aufweist, ist die Zahl der Lebendgeborenen gegenüber April 1933 um 5 und gegenüber Mai 1932 um 83 gesunken. Von den 1.312 Lebendgeborenen des vergangenen Mai waren 680 Knaben und 632 Mädchen, 1.001 eheliche und 311 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 168, in Anstalten 1.144 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten betrug im Berichtsmonat 32.

Im vergangenen Mai starben in Wien 1.886 Personen, das sind um 105 Personen weniger als im April 1933. Von den im Mai in Wien Verstorbenen waren 925 Männer und 961 Frauen; 90 waren zur Zeit ihres Todes noch nicht 5 Jahre alt, während 23 zwischen 5 und 10, 9 zwischen 10 und 15, 23 zwischen 15 und 20, 95 zwischen 20 und 30, 125 zwischen 30 und 40, 182 zwischen 40 und 50, 323 zwischen 50 und 60 und 1016 über 60 Jahre alt waren.

Über die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im Mai in Wien 73 Säuglinge, um 5 weniger als im April 1933, starben. Von den im Berichtsmonat verstorbenen Säuglingen waren 44 Knaben und 29 Mädchen, 44 eheliche und 29 uneheliche Kinder. 36 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat.

Die Magistrats-Abteilung für Statistik führt auch die wichtigsten Todesursachen an. Aus dieser Aufstellung ergibt sich, dass im Mai 1933 in Wien 22 Personen an epidemischen Krankheiten, 193 an Tuberkulose der Atmungsorgane, 315 an Krebs, 106 an Gehirnschlag, 336 an organischen Herzkrankheiten, 81 an Arterienverkalkung, 118 an Lungen- und Rippenfellentzündung und 40 an Altersschwäche starben. Die Zahl der Selbstmorde betrug im Mai des heurigen Jahres 113; dazu kommen noch 175 Selbstmordversuche.

Ein namhafter Bevölkerungszuwachs ergibt sich aus der Binnenwanderung. Während nämlich im Mai 1933 nach Wien 12.654 Personen von auswärts zuwanderten, wanderten im Berichtsmonat nur 9.746 Personen aus Wien aus; die Bevölkerungszunahme aus dem Titel der Binnenwanderung beträgt daher im Berichtsmonat 2.908 Personen, das sind um 1.044 mehr als im vergangenen April und um 1.188 mehr als im Mai 1932. Die Annahme, dass die Bevölkerung Wiens eben durch die grössere Zuwanderung wächst, wird also durch die Statistik als richtig erwiesen.

## Die Zahl der Krebstodesfälle in Wien geht zurück.

Im Jahr 1932 um 105 Krebstodesfälle weniger als im Jahr 1931.

Bekanntlich ist die Zahl der Todesfälle an Krebs und anderen bösartigen Geschwülsten in Wien im letzten Jahrzehnt ständig angestiegen. Während im Jahre 1920 nach den Totenbeschaubefunden 2.423 Menschen in Wien an Krebs oder anderen bösartigen Geschwülsten gestorben waren, betrug die Zahl der Krebstodesfälle im Jahre 1931 bereits 3.931. Im Jahre 1932 ist nun zum ersten Mal seit mehr als einem Jahrzehnt die Zahl der Krebstodesfälle zurückgegangen; die Statistik weist im Jahre 1932 105 Krebstodesfälle in Wien weniger aus als im Jahre 1931. Eine merkliche Abnahme der Todesfälle zeigt sich insbesondere bei den Männern beim Krebs der Mundhöhle und der Gallenblase und bei den Frauen beim Krebs der Gallenblase, der Geschlechtsorgane und der Brust; die Zahl der Todesfälle an Darmkrebs ist gegenüber 1931 noch weiter angestiegen. Der Rückgang der Zahl der Krebs-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt.

Wien, am.....

todesfälle ist von besonderer Bedeutung, da zweifellos die Bevölkerungszahl Wiens durch Mehrzuwanderung zunimmt und trotzdem die absolute Zahl der Krebstodesfälle sinkt.

## Der Besuch der Wiener Museen.

Eine statistische Zusammenstellung über den Museenbesuch im Jahre 1932.- Im allgemeinen Fallen der Besucherzahl.- Die Zahl der Besucher des Historischen Museums der Stadt Wien und des Technischen Museums für Industrie und Gewerbe steigt.

Nach einer Aufstellung der Magistrats-Abteilung für Statistik hatten die Wiener Museen im Jahre 1932 insgesamt 673.504 Besucher. Wenn man als Durchschnittsbesuchsziffer für die Jahre 1928 bis 1932 100 annimmt, so beträgt die Messziffer des Museenbesuches im Jahre 1932 bloss 83. Es ist somit der Museenbesuch im vorigen Jahr zweifellos zurückgegangen. Die fallende Messziffer des Museenbesuches stimmt mit der ebenfalls fallenden Messziffer des Fremdenverkehrs überein; es kann also mit Recht angenommen werden, dass zwischen beiden ein Zusammenhang besteht.

Interessant ist auch die Aufstellung der Besucherzahl der einzelnen Museen. So hatten die Bundesmuseen im Jahre 1932 insgesamt 545.329 Besucher, wovon 118.921 auf das Kunsthistorische Museum, 84.942 auf das Naturhistorische Museum, 81.610 auf das Oesterreichische Museum und 93.890 auf das Technische Museum entfiel. Die städtischen Museen hatten im vorigen Jahr insgesamt 71.335 Besucher, wovon allein auf das Historische Museum der Stadt Wien 55.230 Besucher entfielen. Von den 56.840 Besuchern der sonstigen Wiener Museen kamen 16.358 auf das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum im Rathaus. Wenn man als Durchschnitt des Museenbesuches für die Jahre 1928 bis 1932 die Ziffer 100 annimmt, so ergeben sich für den Museenbesuch im Jahre 1932 folgende Messziffern: bei den Bundesmuseen 83, und zwar beim Kunsthistorischen Museum 80, beim Naturhistorischen Museum 83, beim Oesterreichischen Museum 66 und beim Technischen Museum 106, bei den städtischen Museen ebenfalls 83, jedoch beim Historischen Museum der Stadt Wien allein 112; die Messziffer für den Besuch der sonstigen Museen Wiens beträgt 86, die Messziffer für den Besuch des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums im Rathaus 70. Gerade diese Messziffern zeigen, dass der Besuch aller Wiener Museen mit Ausnahme des Historischen Museums der Stadt Wien und des Technischen Museums für Industrie und Gewerbe zurückgegangen ist. Es wird anzunehmen sein, dass unter den Besuchern der beiden Museen mit steigender Besucherzahl ein grösserer Prozentsatz Einheimischer ist als bei den anderen Wiener Museen.

## Sitzung des Wiener Landtages.

Morgen, Freitag, tritt der Wiener Landtag um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

## Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten.

Die Bezirksvertretung Favoriten hält am Freitag, den 1. September, um 16 Uhr eine Plenarsitzung ab.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 239

FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 24. August 1933.

## Die morgige Sitzung des Wiener Landtages.

Der Wiener Landtag tritt, wie bereits mitgeteilt worden ist, morgen, Freitag, um 17 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung des Wiener Landtages steht ein Bericht über den Lastenausgleich der Gemeinde Wien an den Bund im Betrage von 36 Millionen Schilling jährlich; Berichterstatter ist amtsführender Stadtrat Dr. Danneberg.

## Der Schwimmunterricht in den Wiener städtischen Bädern.

### 123.500 Schwimmlektionen im Jahr. - Unentgeltlicher Schwimmunterricht für Erwachsene und Kinder.

Um den Grosstadtbewohnern die Ausbildung im Schwimmen möglichst zu erleichtern, stehen in den Wiener städtischen Hallenbädern, also im Amalienbad und im Jörgerbad, während des ganzen Jahres zu jeder Tageszeit den Besuchern Schwimmlehrer zu mässigen Preisen zur Verfügung. Auch in den grösseren städtischen Sommerbädern, in den Strandbädern Gänselhäufel und Alte Donau, im Angelbad, in den Schwimm-, Sonnen- und Luftbädern Kongressplatz, Ottakringerbad, Hohe Warte und Theresienbad und im Strombad Kuchelau, ist für Schwimmunterricht während der Badesaison vorgesorgt. Ausserdem wird von der städtischen Bäderverwaltung für die Schuljugend und für Erwachsene in verschiedenen Kursen völlig kostenlos Schwimmunterricht erteilt.

Der Schulschwimmunterricht, der seit dem Jahre 1925 eingeführt ist, ermöglicht es jährlich ungefähr 9.000 Schülern und Schülerinnen der Wiener Volks- und Hauptschulen völlig unentgeltlich das Schwimmen zu erlernen; auch der Badebesuch und die Wäschebeistellung in den beiden Schwimmhallen des städtischen Amalienbades und Jörgerbades sind dabei unentgeltlich.

Seit Mai 1932 sind auch unentgeltliche Schwimmkurse für Erwachsene im Amalienbad und im Jörgerbad eingeführt; das Schwimmbad selbst kostet bloss 54 Groschen bis 60 Groschen pro Bad. Bis zum heurigen Sommer wurden in 154 solchen Kursen 2.628 Erwachsene unentgeltlich im Schwimmen ausgebildet; im Rahmen der Kurse wurden 16.561 unentgeltliche Lektionen erteilt. Der Erfolg der unentgeltlichen Schwimmkurse der städtischen Bäderverwaltung ist ein staunenswerter. Selbst ältere Leute erlernen in kurzer Zeit leicht das Schwimmen; bei mehr als 60 Prozent aller Kursteilnehmer genügen 8 bis 10 Lektionen.

Ausser dem unentgeltlichen Schwimmunterricht werden in den städtischen Schwimmhallen jährlich mehr als 15.000 Einzellektionen, in den städtischen Sommerbädern nahezu 2.000 Einzellektionen im Schwimmen erteilt. Insgesamt werden also in den städtischen Bädern im Jahre fast 124.000 Schwimmlektionen gegeben; ungefähr 14.000 Personen jährlich erlernen in den städtischen Bädern das Schwimmen.

Für den Grosstädter ist besonders der Schwimmunterricht in den gedeckten Schwimmhallen zu empfehlen; diese Bäder sind vom Wetter unabhängig, weshalb der Unterricht jedenfalls regelmässig und in einem Zug erfolgen kann. Die städtische Bäderverwaltung fordert daher alle, die des Schwimmens noch unkundig sind, auf, das Schwimmen zu erlernen. Anmeldungen zu den Schwimmkursen werden in den städtischen Bädern entgegengenommen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH 240

III. Ausgabe.

Wien, am 24. August 1933.

---

## Widmung einer Grabstelle für Adolf Loos.

Auf Anregung des Bürgermeisters wird die Gemeinde Wien für den gestern verstorbenen bekannten Architekten Adolf Loos in Würdigung der Bedeutung des Künstlers ehrenhalber eine Grabstelle in bevorzugter Lage widmen. Die Beisetzung Adolf Loos' findet ehrenhalber auf Kosten der Gemeinde Wien statt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

211.

Wien, am 25. August 1933.

WIENER LANDTAG.

Sitzung vom 25. August 1933.

Präsident Dr. Neubauer eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Die Galerien des Hauses sind dicht besetzt. Die christlichsozialen Landtagsabgeordneten sind nicht erschienen. Der Klub der christlichsozialen Wiener Gemeinderäte hat an den Präsidenten ein Schreiben gerichtet, das Präsident Dr. Neubauer vor Eingehen in die Tagesordnung dem Landtag zur Kenntnis bringt. In dem Schreiben heisst es:

" Unterm 22. d. M. haben Sie den Wiener Landtag für Freitag, den 25. zu einer Sitzung einberufen. Der Einladung war der Vermerk beigelegt: " Die Tagesordnung wird vorbehalten".

Die Geschäftsordnung des Landtages für Wien enthält keinerlei Bestimmung, die einen solchen Vorbehalt rechtfertigen würde. Allerdings sieht die Geschäftsordnung des Landtages auch nicht vor, dass die Tagesordnung den Mitgliedern des Landtages mit der Einladung zur Sitzung zuzustellen wäre. Ein solcher Vorgang liegt aber im Sinne der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien, die ausdrücklich anordnet, dass die vom Bürgermeister bestimmte Tagesordnung den Mitgliedern des Gemeinderates mit der Einladung zur Sitzung bekanntzugeben ist. Da der Wiener Gemeinderat auch die Funktionen des Landtages für Wien ausübt, erscheint mangels einer ausdrücklichen Bestimmung der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag das Verlangen nach sinngemässer Anwendung der erwähnten Bestimmung der Geschäftsordnung für den Wiener Gemeinderat völlig gerechtfertigt.

Aus der den Mitgliedern des Landtages in den Abendstunden des 24. d. M. zugekommenen Tagesordnung ist ersichtlich, dass diese einen Gegenstand zur Behandlung stellt, der sowohl in seiner rechtlichen wie finanziellen Auswirkung die Verwaltung der Gemeinde und das Interesse der gesamten Bevölkerung tiefgehend berührt. Die Bedeutung dieser Angelegenheit hätte es erfordert, dass dem zuständigen Finanzausschuss im Sinne des § 123 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien Gelegenheit zur Vorberatung und Antragstellung gegeben worden wäre. Statt dieses verfassungsmässig und sachlich gebotenen Vorganges wird die Angelegenheit unter dem Gesichtswinkel einseitiger Parteibetrachtung behandelt und der Opposition zugemutet sich mit einer unwürdigen Statistenrolle zu begnügen. Schliesslich muss noch darauf hingewiesen werden, dass nach § 120 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien der Landtag nicht berechtigt ist, über Verwaltungsangelegenheiten der Gemeinde zu verhandeln, dass sonach die Stellungnahme zu der Verordnung der Regierung im Gemeinderate hätte erfolgen müssen.

Der Klub der christlichsozialen Wiener Gemeinderäte sieht sich nach alledem gezwungen, gegen den vom Herrn Präsidenten gewählten Vorgang den entschiedensten Protest einzulegen; er bekräftigt diesen Protest in formaler Hinsicht mit der Verweigerung der Teilnahme an der heutigen Sitzung des Wiener Landtages. Im Gegenstande selbst wird der Klub seinen Standpunkt der Bundesregierung unmittelbar zur Kenntnis bringen."

Die Verlesung des Briefes, der vom Obmann des Klubs der christlichsozialen Wiener Gemeinderäte, Nationalrat Leopold Kunschak, gezeichnet ist, wird von lebhaften Zwischenrufen begleitet. Abg. Thaller: Das sind ja die Anstifter! - Abg. Eisinger: Die Schuldigen laufen davon! .

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

Hiezu bemerkt

Vorsitzender Dr. Neuba uer, dass die heutige Sitzung entsprechend der geltenden Geschäftsordnung des Wr. Landtags einberufen wurde, dass die Geschäftsordnung des Landtages der des Parlaments ähnlich ist und dass im Parla~~men~~t oft Sitzungen mit dem Vermerk "Tagesordnung vorbehalten" einberufen worden sind, im übrigen wurde 24 Stunden vor der heutigen Sitzung jedem Landtagsabgeordneten die Tagesordnung mitgeteilt, sodass also auch dieser Forderung entsprochen ist. Ausserdem muss ~~///~~ jeder Wiener, der Zeitungen liest, <sup>und die Vorgänge verfolgt</sup> wissen, womit sich die heutige Landtagsitzung beschäftigen wird. (Lebh. Zustimmung b. d. Mehrheit)

Was die Berufung auf den Finanzausschuss anlangt, so beschäftigt sich der Finanzausschuss nur mit konkreten Fragen, es ist aber nicht seine Aufgabe, sich mit Fragen allgemeiner Art zubegeben.

St. R. Dr. Dameberg erstattet sodann den "Bericht" über den Lastenausgleich der Gemeinde Wien an den Bund im Betrage von 36 Millionen S jährlich. Er führt aus: Der Präsident hat soeben eine Mitteilung der christlichsozialen Minderheit des Landtages verlesen, in der unter Anführung von allerhand Bestimmungen der Geschäftsordnung davon Mitteilung gemacht wird, dass die Opposition in der heutigen Sitzung nicht erscheinen wird. Einer der wesentlichsten Punkte ~~an~~ diesem Schreiben ist offenbar der, dass der Opposition werde zugemutet, sich mit einer unwürdigen Statistenrolle zu begnügen. Das ist ein sachlicher Irrtum. Der Opposition hat das niemand zugemutet und gerade in der heute auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheit könnte die Opposition eine sehr erhebliche Rolle spielen und ihr wird da keineswegs die Rolle eines Schweigers zugemutet. Zu dieser Rolle hat sich die Opposition durch ihr Fernbleiben selbst verurteilt (L. th. Beifall b. d. Mehrheit) und die Wiener Bevölkerung wird das zur Kenntnis nehmen. Das ist um so verwunderlicher, als man doch weiss, dass gerade die christlichsoziale Opposition in diesem Saal und die Bundesregierung in gewissen Beziehungen miteinander stehen (Rufe: Sehr gut!) Denn schliesslich ist der Bundeskanzler ein Mitglied der chrl. soz. Partei, schliesslich ist der Obmann der chr. soz. Partei Minister in der Bundesregierung und sind auch andere Minister, insbesondere auch der Finanzminister ~~Christlichsoziale~~. Wenn also diese christlichsozial geführte Regierung gegen die Gemeinde Wien etwas unternimmt, sollte man meinen, dass einer chr. soz. Partei in Wien eine andere Rolle als die eines Statisten zukommt und dass sie es sich eigentlich in ihrem eigenen Interesse überlegen müsste, in eine solche Rolle einzurücken. Aber das ist schliesslich ihre Sache. Und der Landtag muss sich mit der ungeheuer wichtigen Fragen, um die es sich hier handelt, beschäftigen, auch wenn es die chr. soz. Opposition vorgezogen hat, in der Sitzung nicht zuerscheinen.

Wir befinden uns in Oesterreich seit einigen Monaten in einem förmlichen Kriegszustand. Hitlerdeutschland führt Krieg gegen das kleine Oesterreich, um diesem Staat, dem dritten Reich einzuverleiben und ganz Europa verfolgt mit Spannung die Entwicklung der Dinge. Der kleine Staat Oesterreich ist wieder einmal das Objekt der grossen Politik geworden; nur freilich dass die Bevölkerung von Oesterreich und von Wien nicht weiss, was über ihr Schicksal verhandelt wird, weil es kein Parlament gibt, weil die Regierung dem Parlament <sup>unterwirft</sup> über das, was sie tut, nicht ~~berichten~~ will. Wir haben eine Regierung, die keineswegs in geschichtlicher Stunde von der Mehrheit des Volks neu berufen worden ist, die Geschicke dieses Staates zu lenken, sondern eine Regierung, die durch einen Zufall in jenem geschichtlichen Augenblick,

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

im März, gerade die Staatsverwaltung in der Hand hatte. Sie hat daher eine doppelte grosse Verantwortung in dieser schweren Zeit, <sup>einer Zeit, in</sup> In/der dieser Staat, wie die Regierung immer selbst öffentlich erklärt, in einem Kampf auf Tod und Leben um die Erhaltung seiner Selbstständigkeit steht, sollte man meinen, dass es Aufgabe der Staatsmänner wäre, alle Kräfte in diesem Land zusammenzufassen, die einzusetzen sind für die hohen Interessen, für das Leben des Landes. Alles, was an Liebe und an Begeisterung, alles, was an Interesse für diesen Staat lebendig ist, müsste wohl von einer Regierung zusammengefasst werden, die in einer so schicksalsschweren Stunde wirklich die Führerin und Lenkerin der Geschicke des Landes sein will. Wenn der Patriotismus, von dem heute so viel die Rede ist wie immer, wenn ein Land sich in Gefahr befindet, ist ja nicht eine Sache katzbuckelnder Streber, die das Wort Vaterland möglichst oft im Mund führen (Lebh. Zustimmung) und der Patriotismus wird auch nicht erzeugt durch bunte Uniformen und das Absingen gewisser Lieder und das Spielen gewisser Musikstücke, der wahre Patriotismus erwächst nur aus den Lebensanschauungen der Menschen im Lande. Im Weltkrieg haben es so manche Staaten erfahren, was es heisst, dass die grossen Massen ihrer Bewohner keinen Anlass hatten, Patrioten zu sein, was es heisst, dass die grosse Masse der Bewohner dieser Länder, behandelt als Staatsbürger zweiter und dritter Klasse im Weltkrieg erst gewonnen werden mussten für den Staat, den sie mit ihrem Leben verteidigen sollten. Wir erinnern uns noch alle des grossen Wandels der damals in diesen Dingen in Deutschland eingetreten ist, des berühmten Gedichts des Arbeiterdichters Karl Bröger von dem ärmsten Sohn, der Dein Getruester war, und des Gelöbnisses das damals der Kanzler, nicht des Volks, sondern des Kaisers Wilhelm, im Reichstag abgelegt hat, diesen ärmsten Sohn, der der getreueste war, in dem künftigen Deutschland auch anders zu behandeln, als man das bis zum Jahr 1914 gewohnt war. Es haben damals im Weltkrieg manche Staatsmänner aus der Erfahrung gelernt, wie es mit den patriotischen Gefühlen der Bevölkerung wirklich ausschaut. Auch Republiken könnten aus diesen Dingen lernen (Lebh. Zustimmung). Auch der Faschismus versteht, um was es sich handelt und weiss, dass er verachten muss, sich mit den breitesten Massen des Volks nicht im Widerspruch zu setzen, während es heute noch immer andere Staatsmänner gibt, die glauben, es sei die beste Politik einer Regierung in einem so bedrohten Land, breite Massen der Bevölkerung als Gauner zu beschimpfen (Pfuirufe) und ununterbrochen zu bedrohen. Wir in Oesterreich - das ist jetzt auch so eine Mode - wollen uns immer in allen Dingen von allen anderen Ländern unterscheiden und so scheint es, dass man sich hier auch dadurch unterscheiden will, dass man aus der Geschichte und aus der Erfahrung nichts gelernt hat. So haben wir heute eine Regierung, die das Land in einer drohenden grossen Gefahr verteidigen muss, und die glaubt, das

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

just das der richtige Augenblick ist, wo man so nebenbei auch einen Krieg im Inneren des Landes führen kann, um neue Gegensätze zu erzeugen, statt die Kräfte des Landes zusammenzufassen. So haben wir eine Regierung, die führt Krieg gegen die Arbeiter und Angestellten, indem sie jede Woche eine andere Schutz Einrichtung für die Arbeiter uner Angestellten demoliert. So haben wir eine Regierung, die führt daneben auch ihren Krieg gegen die Bundeshauptstadt des eigenen Landes, gegen Wien. Man kann auf verschiedene Weise Krieg führen. Mit Maschinengewehren. Wir haben auch solche schon an einem Tag in den Strassen Wiens aufgestellt gesehen - man kann aber den Krieg auch führen, modern, auf andere Weise, als einen Wirtschaftskrieg, als einen Finanzkrieg. So etwas war zwischen den Staaten schon öfter da. Und auf solche Weise wird heute <sup>auch</sup> in Oesterreich <sup>ein</sup> Krieg geführt. Andere Staaten haben freilich über ihre Hauptstadt andere Ansichten. Es ist im allgemeinen in der Welt üblich, dass jedes Land seine Hauptstadt als einen Gegenstand besondern Stolzes betrachtet, das es gerade <sup>für die</sup> ~~in~~ Hauptstadt besonders Sorge trägt. Auch die chr-soz Opposition in diesem Saal hat in der Republik diese Anschauung schon gehabt. <sup>in der Zeit nach dem Krieg</sup> Damals hat Dr. Kienböck als der Sprecher der chr. soz. Opposition die soz. dem. Mehrheit wiederholt daran gemahnt, bei der Regierung dafür Sorge zu tragen, dass der Hauptstadt des neuen Oesterreich ein besonderes Augenmerk zugewendet wird. Und gerade der wie die heutige Regierung von österreichischer Ideologie redet gegenüber anderen Ideologien sollte doch eigentlich nicht vergessen, dass ein Oesterreichertum ohne Wien gar nicht denkbar und gar nicht möglich ist. Ich möchte da an das Wort erinnern, das nicht ein Sozialdemokrat, sondern ein katholischer, konservativer Schriftsteller, Ernst Karl Winter, vor gar nicht langer Zeit geschrieben hat: "Der ~~basen~~ <sup>basen</sup> ~~Marxismus~~ <sup>Marxismus</sup> Austromarxismus allein hat trotz seines Affektes gegen Alt Oesterreich nicht nur in der konkreten Wiener Kommunalpolitik, sondern in der tatsächlichen Hervorbringung einer neuösterreichischen, vor allem aber Wiener Menschenarten in der Grossstaatstradition Oesterreichs liegenden Anlagen am allerstärksten entsprechen und dadurch bewirkt, dass die oft recht blamable internationale Bewertung Wiens als einer leichten Stadt der Lieder und der Tänze einer anderen Einschätzung Platz gemacht hat. Der österreichische Mensch, der das neue Wien gebaut hat, bestimmt also durch die unbewusst lebendige altösterreichische Erziehungsarbeit wie durch das sozialistische grosstädtische Ethos, ist ein Mensch der Arbeit, der das Wiener Erbe, das Altösterreichische im neuen Oesterreich, hinein trägt in ein neues Jahrhundert, das der alpenländischen Provinz naturgemäss noch fremd ist" (Hört Hört). Ich möchte mich mit dem ganzen Inhalt dieser Aeusserung gar nicht identifizieren. Aber es ist interessant, wie ein ernster, bedeutender katholischer, konservativer Schriftsteller in Oesterreich diese Dinge beurteilt.



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

Aber unsere hohe Bundesregierung ist nicht von solchen Gedanken erfüllt wie der Kartellbruder manches chr. soz. Ministers, der das geschrieben hat, sondern diese Regierung führt eben ihren Krieg gegen Wien. Während man anderswo der Hauptstadt von Staatswegen besondere Vorteile bietet, weil sie eben etwas anderes ist als andere Städte, ohne dass man diese deswegen zurücksetzen möchte, ist es hier in Oesterreich umgekehrt. Wien soll zu einem Stiefkind unter den Bundesländern gemacht werden. Es soll der Stadt Wien unmöglich gemacht werden die Erfüllung der grossen sozialen, und kulturellen Aufgaben, die eben eine grosse Stadt zu erfüllen hat. Seit dem 7. März, seit dem Beginn des neuen Regimes ist eine finanzielle Attacke nach der anderen auf die Gemeinde Wien erfolgt. Das wäre nicht möglich, wenn der Regierung dabei nicht eine Verwechslung paassieren würde, wie sie sonst nur bei primitiven Demagogen und nicht bei grossen Staatsmännern vorkommt. Die Regierung glaubt fortwährend, dass wenn sie dem Wiener Rathaus etwas antut, das vielleicht sogar ein Gegenstand der Freude für die Wiener Bevölkerung ist, dass ein Gegensatz zwischen dem Rathaus, zwischen der Gemeindeverwaltung und der Bevölkerung besteht. Das ist ganz falsch. Denn erstens kann im Gegensatz zur Bundesregierung die Stadtregierung hier sich darauf berufen, dass sie wirklich die Mehrheit der Wiener Bevölkerung vertritt, und zwar keine Zufallsmehrheit, sondern eine Mehrheit, die in sieben Wahlschlachten, in 15 bösen und guten Jahren gewachsen ist. Und dann ist es ja klar, dass eine Verwaltung verschiedene Grundsätze haben kann und ist es begreiflich, dass mit der Verwaltung, die wir nach den Grundsätzen der Mehrheit der Wiener Bevölkerung geführt wird, die Minderheit vielleicht in vielen Dingen nicht übereinstimmt. Aber jedermann weiss doch, dass, wenn diese Rathausverwaltung wirklich getroffen wird, darunter die Interessen der ganzen Wiener Bevölkerung Schaden leiden (Lebh. Beifall), dass das nicht ein Schaden für irgendeine isolierte Verwaltung ist, über den sich jemand in dieser Stadt freuen könnte, sondern nämlich dass sich jeder grosse Schaden, der der Gemeindeverwaltung zugefügt wird, letztenendes auswirken muss in den Interessen nicht nur derer, die die Mehrheit der Vertreter in den Gemeinderat geschickt haben, sondern im Interesse der ganzen Wiener Bevölkerung (Lebh. Beifall).

505

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI

Wien, am \_\_\_\_\_

Wir wissen, dass die Bestrebungen nicht erst am 7. März begonnen haben, die darauf abzielten, die Bundeshauptstadt Wien eine Verwaltung aufzuzwingen, die den Interessen und Anschauungen der Mehrheit der Wiener Bevölkerung nicht entspricht. Solche Versuche hat es auch schon vorher gegeben.

Dabei haben zwei Dinge vor allem <sup>immer</sup> eine grosse Rolle gespielt: Die Behandlung der Personalfragen in der Gemeinde und der Wohnungsbau. In beiden diesen Dingen hat sich die christlichsoziale Partei zwieschlächtig benommen. Wir haben noch die Reden in Erinnerung, die vor einem Monat in diesem Saal von der christlichsozialen Minderheit gehalten worden sind, in denen sie uns vorgehalten haben, man habe die städtischen Angestellten immer besser gezahlt als beim Staat und es sei eigentlich ein sozialdemokratischer Verrat an den Angestellten und Arbeitern, wenn man ihnen jetzt die Gehalte kürzt. Die selbe christlichsoziale Partei aber hat, als die Bundesregierung seit Jahr und Tag das Ziel verfolgte, die Gemeinde Wien zu zwingen, ihre Angestellten nicht besser zu zahlen als der Bund, im Parlament ein Gesetz durchzusetzen versucht, wodurch der Gemeinde die Pflicht auferlegt werden sollte, die Gehalte auf das Ausmass der vom Bund gezahlten Gehalte zu kürzen. Die finanziellen Massnahmen seit dem 7. März, die sich gegen Wien

gerichtet haben, haben ja den gleichen Zweck verfolgt. Als dann die Gemeinde Wien dem Zwang der Verhältnisse gehorchend, die Kürzungen vornahm, bezeichneten es die selbe Christlichsozialen als Verrat an den Arbeitern und Angestellten.

Genau so ist es beim Wohnhausbau. Die Gemeinde Wien hat in den letzten 12 Jahren mehr als 60.000 Wohnungen gebaut und damit ein Werk vollbracht, das die Bewunderung der ganzen Kulturwelt erregt hat. Die Wohnungsschände des Wiens der Vorkriegszeit war in der ganzen Welt sprichwörtlich. Dass damals in diesem Saal die Hausherrn regiert haben, das hat die Wiener Bevölkerung mit dem schmachvollsten Wohnungselend, mit der Tuberkulose ihrer Kinder bezahlt. Die Gemeinde Wien hat seit dem Jahre 1918 gezeigt, wie auch in einem Lande mit bescheidener wirtschaftlicher Kraft Proletarierwohnungen ausschauen sollen. Das haben die Herren freilich nicht vertragen und <sup>uns</sup> immer wieder das Wort von der versteinerten Milliarde entgegen geschleudert. Die Regierung will nun diesen Wohnhausbau unmöglich machen. Das Hausbesitzerinteresse wird wieder einmal mit Vaterlandsliebe und Vaterlandsgedanken verwechselt, von denen man immer redet, obwohl doch zum Begriff des Vaterlandes doch zunächst gehören würde, dass der Mensch wenigstens eine menschenwürdige Wohnung in diesem Vaterlande hat. (Lobhafte Zustimmung.) Aber die Bundesregierung verträgt das nicht und so hat sie am vergangenen Sonntag in ihrer Wiener Zeitung vormelden lassen, Grund für die neueste Massnahme der Regierung sei, dass die Gemeinde Wien im gleichen Tempo weiterbaue. Wohnungsbau heisst nebenbei auch Arbeitsbeschaffung. Arbeitsbeschaffung ist heute die Parole in der ganzen Welt und auch die Bundesregierung denkt, mit Recht, fortwährend an Arbeitsbeschaffung. Aber der Gemeinde Wien soll es unmöglich gemacht werden, Arbeit zu beschaffen. Wenn sie baut, so beweist das, dass sie Gold hat, welches man ihr wegnehmen muss. Nun hat die christlichsoziale Opposition auch

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII

Wien, am .....

auch über diese Dinge in diesem Saale ganz anders gedacht. Als am 7. April dieses Jahres hier der erste Abschnitt des Bauprogrammes für 1933 ver-  
gologt wurde, nach welchem 1385 Wohnungen heuer neu begonnen werden  
sollten, hat St. R. Kunschak wörtlich erklärt, schon eine oberflächliche  
Betrachtung zeige, dass dieses Bauprogramm nicht nur gegenüber seinen  
Vorgängern, weit zurück sei, sondern dass es auch sehr bescheiden sei  
im Vergleich zu dem, was für das Jahr 1933 in Aussicht gestellt worden  
ist. Dem Herrn Kunschak waren also die 1385 Wohnungen zu wenig, während  
die Regierung findet, dass die Inangriffnahme dieser Bauten ein Anlass  
sei, der Gemeinde ~~das Mittel für bestimmte~~ dieses Geld wegzunehmen, damit  
diese Bauten als Ruinen, als Wahrzeichen der grossen Aufbauarbeit,  
die der Bund jetzt leistet, stehen bleiben. Kunschak hat damals ferner  
gemeint, der Wohnhausbau der Gemeinde stelle sich als eine Leistung dar,  
mit der die Gemeinde Wien just nicht zu prunken brauche, es sei das  
Wenigste, was auf diesem Gebiete überhaupt noch geleistet werden könne.  
(Lebhafte Hört Hört Rufe) St. R. Kunschak meint also, weniger könne  
die Gemeinde Wien auf diesem Gebiete nicht leisten. Und seine, des  
Herrn Kunschak, Regierung sagt wieder: Zur Strafe dafür, weil ihr immer  
noch Wohnungen baut, konfisziere ich dir so und so viel Geld! Wir  
sehen, das selbe Doppelspiel wie in der Personalfrage, ist auch in der  
Wohnungsfrage festzustellen. Auf der einen Seite Kritik, weil alles  
zu wenig ist was die Gemeinde tut, auf der anderen Seite von der  
christlichsozialen Partei und ihrer Regierung die schwersten finanziellen  
Schläge gegen Wien, um ihr das Bauen unmöglich zu machen. St. R. Kunschak  
ging noch viel weiter als das <sup>Wohnungs-</sup> Budget am 14. Dezember vorigen Jahres  
hier zur Beratung stand, beantragte er, eine Anleihe im Betrage von  
250 Millionen Schilling aufzunehmen, um die erforderlichen Mittel für  
die Durchführung des Wohnbauprogrammes beizustellen! Vergleichen Sie  
damit das Verhalten der Bundesregierung des Herrn Kunschak in dieser  
ganzen Frage.

Wir haben jetzt, mitten im Hochsommer in Wien 15.000 arbeitslose  
Bauarbeiter. Man stelle sich vor, wie gross die Arbeitslosigkeit in Wien  
wäre, wenn die Gemeinde Wien nicht bauen würde. Ich weiss nicht, ob  
es das Ziel einer Regierung in der heutigen Zeit sein kann, die Arbeits-  
losigkeit im Lande zu vermehren, aber ihre Massnahmen bewirken dies  
notwenig. Vielleicht steckt da ein politischer Gedanke dahinter. Die  
Antimaxisten möchten offenbar gerne sagen, : Wir, die Antimaxistische  
Regierung im Bunde, schaffen Arbeit, nicht aber die marxistische Ver-  
waltung in Wien. Dort nimmt man eben die Mittel weg, damit sie keine  
Arbeit schaffen kann.

Der Kampf gegen die Wohnhausbau hat noch einen anderen Sinn.  
Mit einer Verordnung ist vor kurzem der Mieterschutz für grössere Woh-  
nungen demoliert worden. Macht den Wohnhausbau der Gemeinde Wien un-  
möglich, dann muss Knappheit an Kleinwohnungen eintreten und der Mieter-  
schutz wird auch für Kleinwohnungen auf diese Weise via facti gesprengt.

Alle diese Massnahmen der Regierung, die uns damit zwingen wollte,  
in den Fragen der Personalbezüge und des Wohnhausbaues nach ihrem poli-  
tischen Willen vorzugehen, haben den Gemeindehaushalt natürlich in schwerer  
Gefahr gebracht. Wir mussten die Bezüge des Personals kürzen, wir mussten

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

VIII

den Wohnungsbau einschränken und wir haben unter Heranziehung der letzten Reserven mühsam das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt für das heurige Jahr wieder hergestellt. Das ist eine Sache, die nicht etwa nur uns im Wiener Gemeinderat interessiert, oder vielleicht nur die Wiener Bevölkerung, sondern die Sache geht das allgemeine Staatsinteresse an. (Zustimmung) Denn auf den Kredit der Stadt Wien beruht ja zum grössten Teil der Kredit von Oesterreich überhaupt. (Lebhafte Zustimmung). Der Kredit der Stadt Wien, das ist ja das grosse Aktivum, das Oesterreich hat. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Und ohne das es überhaupt nicht leben kann. Die Regierung tut, als ob sie das alles nicht sehen würde. Die Schläge die sie gegen die Gemeinde Wien schon bisher geführt hat waren arg genug. Man hat uns rückwirkend für das Jahr 1932 die Sicherung unserer Abgabenertragsanteile durch die Gewährleistungsklausel weggenommen. Das macht einen Betrag von 19 Millionen Schilling aus. Für das Jahr 1933 hat man die Gewährleistungsklausel abgeschafft. Das bedeutet eine Mindereinnahme von mindestens 32 Millionen im heurigen Jahr für die Gemeinde. Man hat uns neue Lasten für Krankenanstalten des Bundes auferlegt, was eine Mehrausgabe von 6 Millionen ausmacht. Dazu hat man uns für die Vergangenheit noch eine einmalige Zahlung von 3 Millionen Schilling auferlegt. Es wurde der Gemeinde ferner die Steuereinnahme für den Bund entzogen, ohne dass der Bund die 300 Beamten übernommen hätte, die mit dieser Arbeit beschäftigt waren. Damit wird uns, für das nächste Jahr gerechnet ein Betrag von etwa 4 Millionen Schilling entgehen.

Zu allen diesen ungeheuren Verlusten kommt noch die Auswirkung der Krise auf unsere eigenen Gemeindesteuern. Und so versteht man, dass der Gemeinderat, als er mühsam und mit einmaligem, nicht wiederholbaren Massnahmen das Budget wieder in Ordnung gebracht hatte, am 24. Juli seine warnende Stimme gegenüber der ganzen Öffentlichkeit und der Regierung erhoben hat. Kaum 4 Wochen später hat die Regierung unter dem Datum des 19. August eine Verordnung herausgegeben, durch die der Gemeinde Wien schon für 1933 und für 1934 zur Pflicht gemacht wird einen Betrag von je 36 Millionen, also zusammen 72 Millionen an den Finanzminister abzuliefern. (Lebhafte Entrüstungsrufe) Heute früh ist die Verordnung erst im Wortlaut bekanntgeworden. Der Regierung ist es gar nicht eingefallen, sich etwa bei der Gemeinde Wien zu informieren, wie die Finanzlage der Bundeshauptstadt Wien eigentlich sei. Sie hat keinerlei Verhandlungen über diesen Gegenstand geführt. Die Wiener Landesregierung hat dies aus der Zeitung erfahren, (Rufe: Unerhört!) dass Wien jetzt rückwirkend vom 1. Januar 1933 an 36 Millionen Schilling im Jahr zahlen muss. Man hat heute früh aus der Zeitung erfahren, dass die Monatsquoten von 3 Millionen Schilling für die vergangenen 8 Monate des Jahres am heutigen Tage bereits fällig sind, sodass die Gemeinde Wien eigentlich am heutigen Tage 24 Millionen Schilling für die verflossenen 8 Monate an den Bund abzuliefern hätte.

Hoher Landtag! Man redet in Oesterreich jetzt fortwährend von der Sanierung. Mit der bekannten "Sozialsanierung" haben diese Methoden sicherlich nichts zu tun. Man redet aber auch von der finanziellen Sanierung und tut so, als ob das Gleichgewicht im Bundeshaushalt das einzige Problem in Oesterreich wäre.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

K

Wien, am.....

Das ist ein Kardinal-irrtum. Neben dem Bundesbudget gibt es die Budgets der Bundeshauptstadt Wien, der acht Länder und der 4000 Gemeinde in Oesterreich. Das ist ein Problem, ebenso gross wie das des Bundesbudgets und es wäre eine verhängnisvolle Finanzpolitik, die sich darauf beschränken wollte, die Bundesbudgets allein in Ordnung zu halten und sich um die Budgets aller anderen Körperschaften einen Pfifferling zu kümmern. Der Kredit Oesterreichs hängt von der Gesamtheit der Verwaltung in diesem Lande ab, er hängt von der Ordnung der Finanzverwaltung im ganzen Staat und in allen seinen Gliedern ab. Die Regierung hat für die finanziellen Sorgen der Bundeshauptstadt Wien kein Interesse, sondern hat im Gegenteil oben diesen schweren Schlag gegen Wien geführt und das mühsam hergestellte Gleichgewicht im Haushalt der Gemeinde neuerdings zerstört, indem sie die 36 Millionen Schilling auch noch für das heurige Jahr fordert. Es ist klar, dass wenn das wirklich Gesetz bleibt, wir leider zu den schwersten Einschränkungen auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung gezwungen sein werden, und dass wir gezwungen sein werden der Bevölkerung neue Lasten aufzulegen um den Tribut zu zahlen, der dem Lande Wien durch die Regierung auferlegt worden ist. Zu den 40 Millionen und mehr, die man uns schon genommen hat würden noch 36 Millionen dazu kommen. Das wären gigantische Beträge, die natürlich nicht ersetzt werden können durch die Banknotenpresse die uns nicht zur Verfügung steht, oder durch Hebung irgend welcher Schätze die nicht vorhanden sind. Das Geld müsste von der Bevölkerung aufgebracht werden. Wir haben uns bisher bemüht das Gleichgewicht durch Ersparungen herzustellen, obwohl wir wissen, dass diese Ersparungen volkswirtschaftlich unzweckmässig sind und dass sie sich überaus nachteilig auf das Wirtschaftsleben auswirken. Wir haben uns auch bemüht eine Anleihe aufzunehmen, um über das Budget hinaus, Arbeit zu schaffen, und jene Arbeiten sicherzustellen, die im Budget enthalten sind. Die Regierung hat uns die Aufnahme dieser Anleihe verweigert. ( Hört Hört Rufe ) Es ist offenbar der Gedanke massgebend, Wien den anderen <sup>Bundes-</sup>Ländern gleichzuschalten und zu bewirken, dass auch hier die Arbeitslosigkeit sich wie in den anderen Ländern Oesterreichs in den letzten 10 Jahre vervierfacht, statt verdoppelt.

Was die Regierung hier getan hat, diese Forderung von 36 Millionen Schilling ist keine Angelegenheit des Rathauses. Das muss hier mit aller Deutlichkeit gegenüber der Regierung und vor der ganzen Wiener Oeffentlichkeit gesagt werden. Wir kämpfen im Interesse der Wiener Bevölkerung um das Gleichgewicht im Stadthaushalt. Wir werden ungeheure Mühe haben es zu behaupten. Die 36 Millionen Schilling, die die Regierung jetzt Ende August noch für heuer verlangt, haben in unserem Budget keinen Platz. Das ist ein Tribut, den die Regierung der Wiener Bevölkerung auferlegt, ( Lebhafto Zustimmung ) und wir im Rathause sind nur in der unangenehmen und traurigen Rolle der Inkassanten dieser Gelder, die die Bundesregierung von der Wiener Bevölkerung hier eintreibt.

Man wird in den nächsten Tagen die Erinnerung an die zweite Türkenbelagerung Wiens und an die Befreiung unserer Stadt feiern. Damals war es üblich einer eroberten Stadt einen Tribut aufzuerlegen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Es zeigt sich, dass es auch heute noch Tributzahlungen gibt. Die 36 Millionen, die die Regierung von der Gemeinde Wien verlangt, sind ein solcher Tribut, ( Zustimmung ) welcher der Wiener Bevölkerung auferlegt wird, offenbar zur Strafe dafür, dass sie in ihrer Mehrheit sozialdemokratisch ist.

Wenn die Regierung sich nicht besinnt und diese Verordnung zurücknimmt, dann müsste sie doch wenigstens die Wahl der Methode der Aufbringung dieser Gelder freigeben, damit die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit dabei zur Geltung kommen können. Es ist sicherlich eine furchtbare Härte der Wiener Bevölkerung nach all den grossen Steuererhöhungen, die die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren durchgeführt und die vor allem die Wiener treffen, heute noch 36 Millionen Schilling pro Jahr abzunehmen. Die Regierung weiss es offenbar auch und deshalb führt sie ja wohl das Manöver auf uns zum Inkasso dieser Steuern zu zwingen, die sie für sich von der Wiener Bevölkerung haben will. Es ist eine förmliche Strafsteuer, die man da den Wiener auferlegen will. Es ist ja sonst in einem Staate/üblich, eine Steuer nur für einen Teil des Staates zu machen, und für die anderen Teile nicht. Das ist ein grotesker Gedanke, den es in der Welt sonst nirgends gibt.

Es muss heute der Wiener Bevölkerung gesagt werden, was das bedeutet, was die Regierung da vorhat. 36 Millionen Schilling, das sind auf den Kopf der Wiener Bevölkerung gerechnet, ganz gleichgültig ob jung oder alt, 20 Schilling pro Jahr. Für eine vierköpfige Familie bedeutet es 80 Schilling, die sie im Jahr an die Bundesregierung abführen soll. Für einen Arbeitslosen, dessen Jahresunterstützung 800 Schilling ausmacht, sind das 10 Prozent, die ihm als Kopfsteuer weggenommen werden. Man braucht weiter nicht auszumalen, wie furchbar das ist. Denken wir an den Kurzarbeiter, für den diese 80 Schilling 5 Prozent seines ganzen Jahresverdienstes sind. Denken wir an die Einkommen der Menschen überhaupt! Das Finanzministerium hat vor kurzem eine Statistik veröffentlicht, aus der man ersieht, dass die gesamte Einkommensteuer, die von der ganzen Wiener Bevölkerung im Jahre 1932 gezahlt worden ist, rund 72 Millionen Schilling ausmacht. Diese 36 Millionen sind also ein 50 prozentiger Zuschlag zur Einkommensteuer der Wiener Bevölkerung! Man redet so viel von der drückenden Gemeindesteuern. Nun, diese 36 Millionen, an dem Ertrag aller Gemeindesteuern gemessen, sind ein Viertel aller Gemeindesteuern von Wien. ( Lebhaftes Hört Hört Rufe.) Man braucht sich das nur einen Augenblick vor Augen zu führen, um zu ermessen, was für eine grosse Summe das ist, deren Zahlung die Regierung über die Wiener Bevölkerung verhängen will. Wir bekommen heute aus der Abgabenteilung nur mehr 54 Millionen Schilling. Nimmt uns noch 36 Millionen weg, so verbleiben nur noch 18 Millionen, das sind 10 Schilling auf den Kopf der Wiener Bevölkerung. Diese Kopfquote entspricht nach der Statistik der Kopfquote, die die Dörfer von 500 bis 1000 Einwohner bei der Abgabenteilung bekommen. Durch diese neue Massnahme der Regierung würden wir also in der Abgabenteilung auf das Niveau eines Dorfes von 500 bis 1000 Einwohner herabgedrückt werden. Dabei darf man nicht vergessen, dass Wien nicht nur eine Gemeinde, sondern auch ein Land ist und dass wir alle Funktionen und Aufgaben einer Landesverwaltung zu tragen haben. Alle Länder bekommen aus der Abgabenteilung ihre Anteile. Wir in Wien

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

worden aus diesem Titel über die Kopfquote von 10 Schilling hinaus nichts mehr bekommen. Der Bund leistet neben der Abgabenteilung für die anderen Länder noch alles mögliche, er baut Strassen, er sorgt für Wasserbauten, er sorgt vor allem für landwirtschaftliche Zwecke in sehr hohem Masse und gibt den Ländern überdies 26 1/2 Millionen im Jahr als Kostenbeitrag für ihre politische Verwaltung. Das Land Wien bekommt nichts. Und wenn man davon spricht, dass Wien die Zahlungen für die Polizei nicht valorisiert hat, so bekommen wir für die ehemaligen Staatsstrassen auf Wiener Boden noch immer 36 Schilling 40 Groschen! (Rufe: Hört Hört) Immer haben die Massnahmen des Bundes sich für die anderen Länder ander ausgewirkt wie für Wien. Als Entgelt für den Kostenbeitrag zur Notstandsunterstützung hat man den Ländern die Landesbiersteuer gegeben, was für manches Land zeitweise ein glänzendes Geschäft war. Wien hat dabei immer daraufgezahlt, u.zw. seit 1927 beinahe 30 Millionen Schilling.

Was diese 36 Millionen bedeuten, kann man auch an den Ausgaben der Gemeinde ermessen. Sie sind ein Viertel der ganzen Personalausgaben in einem Jahre, sie sind beinahe um die Hälfte mehr als die Ausgaben, die wir in der offenen Fürsorge haben. Wenn wir den 36.000 Kindern die Pflegebeiträge wegnehmen und den 46.000 alten und erwerbsunfähigen Menschen den Erhaltungbeitrag streichen, wir würden damit erst zwei Drittel von dem Gelde hereinbringen, das der Bund als Tribut von der Wiener Bevölkerung fordert. Die gesamte geschlossene Fürsorge in den Anstalten, Versorgungshäusern, Krankenhäusern, Irrenhäusern, Jugendfürsorgeanstalten kostet noch nicht 36 Millionen. Daraus ersieht man, eine wie ungeheure Summe das ist und welche schwere Last von der Regierung nicht der Gemeinde, die sie ja nicht tragen kann, sondern der Wiener Bevölkerung auferlegt wird. Dabei ergeht sich die Regierung in ihrem Communiqué in dunklen Andeutungen, in dem sie sagt, es werde damit eine unerlässlich gewordene Reform der Abgabenteilung in die Wege geleitet. Daraus ist nicht zu ersehen, ob das etwa nur ein erster Schritt sein soll, dem noch weitere folgen sollen, oder ob jetzt die anderen Länder drankommen. Eines aber ist sicher. Die Abgabenteilung ist ein Vertrag und in einem Rechtsstaat werden Verträge nicht einfach gebrochen, sondern müssen eingehalten werden. Freilich, in einem Lande, wo 48 Stunden vor einer Gerichtsverhandlung eine Verordnung erscheint durch die sich der Geklagte von der Verhandlung befreit, kann man kaum von Recht und Verträgen reden. Es muss jedoch erinnert werden, dass diese letzte Abgabenteilung nicht nur der Idee und dem Sinne nach ein Vertrag war, sondern es ist damals ein regelrechter, von der Regierung, von der Gemeinde und von den politischen Parteien unterschriebener Vertrag geschlossen worden, von dem ein Exemplar im Archiv auf dem Ballhausplatz und eines im Rathause erliegt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am.....

Der Vertrag trägt das Datum vom 25. Jänner 1931 und trägt einige bemerkenswerte Unterschriften. Den Vertrag hat der damalige Bundeskanzler Ender unterschrieben, der jetzt die Notverordnung über die 36 Millionen Schilling mitunterschrieben hat, der Vertrag trägt die Unterschrift des Vizekanzlers Winkler, des Dr. Karl Buresch, der jetzt als Finanzminister der Gemeinde Wien 36 Millionen S wegnimmt. Berichterstatter im Parlament war Dr. Kurt Schuschnigg, der jetzt als Minister die Notverordnung ebenfalls mitunterschrieben hat (Leb! Zwischenrufe). Damals ist sowohl vom Berichterstatter als auch vom Dr. Ender im Parlament ausdrücklich hervorgehoben worden, dass mit diesem Vertrag ein Ausgleich für 5 Jahre gesetzt wird. Und heute erklärt die Regierung einseitig, dass eine Reform der Abgabenteilung unerlässlich geworden sei, heute soll Wien auf das Niveau eines 500 Einwohner-Dorfes herabgedrückt werden. Die Abgabenteilung ist kein Geschenk, sie ist ein Ersatz für die Verzichte, die die Länder und Gemeinden auf ihrem Steuerrecht haben machen müssen. Der Entgang an Steuern soll durch die Abgabenteilung wettgemacht werden. Die Gemeinde Wien und das Land Niederösterreich ausserhalb Wiens haben im Jahre 1913 120 Millionen Goldkronen an Umlagen gehabt, heute bekommt Wien durch die Abgabenteilung 54 Millionen, von denen man jetzt 36 Millionen noch wegnehmen will. Heute hat Wien keine Möglichkeit, Umlagen einzuheben; wenn der Vertrag über die Abgabenteilung zerrissen wird, wenn der Bund aus dem Vertrag alle Bestimmungen herausreisst, die ihm nicht genehm sind, dann muss man verlangen, dass der ganze Vertrag aufgehoben wird, und dass Wien seine Bewegungsfreiheit auf dem Gebiete der Steuern bekommen muss. Wir haben uns im Jahre 1931 verpflichtet müssen, eine ganze Anzahl von Steuerermässigungen mit Wirksamkeitende 1935 durchzuführen und heute kommt der Bund und kassiert uns unsere Einnahmen weg. Wenn der Gemeinde ihre Bewegungsfreiheit nicht widergegeben wird, dann ist das Vorgehen des Bundes ein Vorgehen gegen die Armsten der Armen dieser Stadt, denen die Leistungen der Gemeinde entzogen werden müssten. Ueber die Verwendung der 36 Millionen S hat die Notverordnung keine Auskunft gegeben, aber im Kommentar war zu lesen, dass der Bund mit Recht das Geld verlangen kann, weil er Leistungen im Interesse der Gemeinde Wien vollbringe. Und da wird von der Sozialversicherung erzählt, dass die Arbeitslosenversicherung dem Bund sehr viel Geld kostet, aber es wird nicht gesagt, dass von den Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung <sup>in</sup> ganz Oesterreich bloss 37 Prozent auf Wien entfallen, während Wien nicht weniger als 51 Prozent zu den Einnahmen für die Arbeitslosenversicherung zuzahlt. In der Wiener Zeitung wurde in diesem Zusammenhang mit der Notverordnung auch auf das grosse Defizit der Bundesbahnen hingewiesen. Dass die Bundesbahnen ein grosses Defizit haben ist richtig, aber was geht dieses Defizit das Wiener Rathaus an? Nicht mehr und nicht weniger als das Rathaus von Linz, Baden, Salzburg oder von Feldkirch. Dass die Bundesbahnen ein Defizit haben ist eine Bundesangelegenheit und wenn es nicht möglich ist, dass die Bundesbahnen ihr Gleichgewicht selbst herstellen, dann ist das eine Angelegenheit des Bundesbudgets. Vor elf oder zwölf Jahren hatten wir in Wien schwere Sorgen um die Strassenbahn. Da hat uns ein christ. soz. Gemeinderat, der jetzt schon sehr lange Zeit Minister ist, den Rat gegeben, wir sollten uns an die Staatsregierung von damals wenden um uns von ihr etwas für das Defizit der Strassenbahnen zu holen; denn es sei doch auch eine Staatsangelegenheit, dass die Wiener Strassenbahn verkehrt und dass man nicht fortwährend die Tarife erhöhen muss. Wir haben uns tatsächlich damals um den Rat dieses Herrn zu befolgen, einmal an den Bund gewendet, der Bund hat uns erklärt, die Wiener Strassenbahn sei eine Gemeindeangelegenheit, um die er sich nicht sorgen könne, das so



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am .....

Sache der Wiener Verwaltung. Weit mehr ist natürlich die Bundesbahn eine Angelegenheit der Bundesverwaltung und doch nicht einer einzelnen Stadt. Ja, wir können gerade umgekehrt sagen, die wirtschaftliche Kraft Wiens prägt doch das Allermoiste dazu bei, dass die Bundesbahnen wenigstens den Verkehr haben, den sie heute noch aufweisen können (Lebh. Beifall). Wir wissen schon, dass das Bundesbahndefizit dem Bunde schwere Sorgen macht, umso mehr, als eine weise Bundesregierung in den Jahren 1930 und 1931 für das grosse Bundesbahndefizit keinerlei Vorsorge getroffen hat, sodass jetzt nicht nur das laufende Defizit, sondern noch immer die Kosten der alten Defizite den Bund trifft, ja, dass der Bund niemals, statt für das Defizit seiner Bahnen vorzusorgen, eine Hochgebirgsstrasse zu bauen begonnen hat, von der er der Öffentlichkeit erzählt, hat, dass die 6 Millionen kosten wird, während sich jetzt herausstellt, dass sie 36 Millionen kostet (Lebh. Hört Hörtrufe). Dafür kann die Wiener Gemeindeverwaltung und die Wiener Bevölkerung nichts und dass wir diese Kosten mitzahlen sollen, ist doch grotesk.

In der Wiener Zeitung war auch zu lesen, es handle sich auch darum, dass der Bund soviel Geld für die Bankensanierung gebraucht habe. (Hört Hört und Zwischenrufe) und dass das, wie es dort heisst, auch vornehmlich für das Gebiet um Wien notwendig gewesen sei (Heiterkeit). Ich will hier keine Erörterung darüber anfangen, ob die Sanierung der Banken in dieser oder jener Form zweckmässig war oder nicht. Aber wenn der Bund sie für zweckmässig gehalten hat, war doch die Frage, ob der Wert des Schilling erhalten bleibt, nicht eine Angelegenheit der Wiener Bevölkerung allein, sondern eine Angelegenheit der ganzen österreichischen Bevölkerung und heute etwa zu verlangen, dass die Wiener Bevölkerung durch eine Kopfsteuer die Verluste der Grossbanken zu tragen habe, ist eine Zumutung, für die sie sich bedanken wird.

Wie immer man die Dinge anschaut, kann man nur sagen, dass sind keine Argumente, die die Regierung hier vorbringt. Sie geht mit diesen Methoden einen Weg, der in den Abgrund führen muss, und ich will noch immer die Hoffnung nicht aufgeben, dass wenn man sich nur in allen Öffentlichkeit überlegt, was das bedeutet, eine Ernüchterung eintreten muss. Dass die chr. soz. Partei auf dem Weg solcher Verordnungen in Wien politischen Selbstmord betreibt, ist ihre eigene politische Sache. Aber diese Belastung für die Wiener Bevölkerung geht vor allem uns als die Sachwalter dieser Bevölkerung an. Die chr. soz. Minderheit hier müsste nicht Statisten spielen. Sie hätte hier einmal eine grosse Aufgabe und wenn Stadtrat Kunschakin seinem Schreiben an den Landtagspräsidenten mitgeteilt hat, die chr. soz. Minderheit werde ihre Stellung in der Frage der Bundesregierung mitteilen, so ist dazu nur zu sagen, dass es wäre wünschenswert gewesen, wenn dieser direkte Verkehr zwischen der chr. soz. Minderheit und der Bundesregierung vor dem 19. August, bevor diese Verordnung erschienen ist, erfolgt wäre (Lebh. Zustimmung). Da wäre eine Gelegenheit zu einer grossen Aktion gewesen. Heute fürchte ich, dass da wirklich nur eine Statistenrolle herauskommen wird. Es wird nicht nur die Regierung, sondern auch die chr. soz. Partei vor der Wiener Bevölkerung zu verantworten haben, dass man sie behandelt als Staatsbürger zweiter Klasse und dass der Bund Methoden anwendet, die auf den wirtschaftlichen Niedergang Wiens einsteuern (Lebh. Beifall).

# RATHAUSKORRESPONDENZ

XIV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

Es passt zu dem ganzen System, dass nun auch jede öffentliche Meinungsäußerung über die Verordnung der Regierung unterdrückt werden soll. Es kommt mir sonderbar vor, dass die Wiener Zeitungen tagelang kein Wort gefunden haben, um über diese Dinge zu reden (Hört Hört) und dass die Arbeiter-Zeitung, die sich am Dienstag mit den Argumenten der "Wiener Zeitung" beschäftigt hat, konfisziert wurde, und zwar der Artikel mit samt der Ueberschrift, damit niemand erfahre, dass sich diese Zeitung mit der Frage beschäftigt hat. Es wurde auch ein Plakat verboten, dass sich mit dieser Frage beschäftigen wollte. Das zeigt also wohl, dass die Regierung eine Kritik an ihrem Vorgehen nicht dulden will (Leh. Zwischenrufe). Da kann man nur sagen; was für eine schlechte Politik muss das sein, die kein Wort der Kritik verträgt (Lebh. Zustimmung). Aber die Unterdrückung der Kritik macht diese Politik nicht besser und die, die sie zu verantworten haben, werden der Verantwortung nicht entgehen (Sehr richtig!)

Da die Oeffentlichkeit über diese Dinge bisher zu wenig unterrichtet worden ist, halte ich es für nötig, dem Landtag vorzuschlagen, dass in einigen knappen Sätzen der Tatbestand zusammengefasst und der Wiener Bevölkerung in geeigneter Weise bekanntgegeben wird, damit sie doch wenigstens weiss, woran sie ist.

Ich beantrage folgende Entschliessung: "Die Bundesregierung hat durch ihre Massnahmen der Gemeinde Wien im heurigen Jahre einen Betrag von mehr als 40 Millionen Schilling entzogen. Dadurch ist der Gemeindehaushalt in schwerste Gefahr gekommen, zumal infolge der Wirtschaftskrise die eigenen Einnahmen der Gemeinde zurückgegangen sind. Mit grösster Anstrengung vermochte die Gemeinde das Defizit auszugleichen. Nur durch eine sehr beträchtliche Kürzung der Bezüge der städtischen Angestellten und Arbeiter, nur durch Veranziehung aller Reserven ist es gelungen, die Aufrechterhaltung der Schul- und der Wohlfahrtspflege, die Fertigstellung der begonnenen Wohnbauten und anderer dringender Arbeiten zu sichern. Nun zerstört plötzlich eine neue Verordnung der Bundesregierung das Ergebnis der mühsamen Arbeiten der Gemeinde. Die Bundesregierung verlangt die Ablieferung von 36 Millionen Schilling noch für das heurige Jahr. Sie legt damit der Wiener Bevölkerung einen Tribut auf, der zwanzig Achilling für den Kopf ausmacht, achtzig Schilling im Jahr für eine vierköpfige Familie. Sie zwingt die Gemeinde auf diesem Wege zur Erhebung neuer Steuern, zu einer schweren Belastung der ganzen Wiener Bevölkerung und macht es ihr unmöglich Arbeit zu schaffen. Der Wiener Landtag erhebt feierlich Protest dagegen, dass die Lebensinteressen Wiens und seiner ganzen Bevölkerung auf das schwerste bedroht werden. Er fordert die Bundesregierung auf, ihren Beschluss zu widerrufen und dessen Eingedenk zu sein, dass Oesterreich nicht leben kann, wenn seine Hauptstadt zugrunde gerichtet wird. (Lebh. anhaltender Beifall bei der Mehrheit.)

Aviso für die Redaktionen: Auf dem zweiten Blatt ist in der ersten Zeile das Wort Bericht versehentlich unter Anführungszeichen gesetzt worden. Wir ersuchen, die Anführungszeichen zu streichen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am

In der Debatte weist

Abg. Schaffhaubt darauf hin, in welche grostlose Lage die Gewerbetreibenden und Kaufleute geraten müssen, wenn der Gemeinde Wien förmlich alles weggenommen wird, was ihr noch übriggeblieben ist, um Arbeitsbeschaffung in denselben Rahmen zu treiben, wie es bisher der Fall war. Vor allem die Gewerbetreibenden und Kaufleute werden die Leidtragenden der gegen Wien gerichteten Politik der Regierung sein. Schon die bisherigen Massnahmen der Regierung haben die Stadt Wien und damit breite Schichten der Bevölkerung auf das schwerste geschädigt. Um wieviel mehr wird dies erst der Fall sein, wenn der Gemeinde nun neuerdings 36 Millionen weggenommen werden. Da haben einmal die Chr. soz. durch ihren Obmann Kunschak den Antrag gestellt, die Gemeinde möge eine Anleihe von 200 Millionen für grosszügige Investitionen aufnehmen. Dieselbe Partei hat aber der Gemeinde die Aufnahme einer bescheidenen Anleihe von nur 30 Millionen verweigert. Man sieht, mit welchem Hass und Neid gegen die Wiener Verwaltung vorgegangen wird. Die Wegnahme dieser 36 Millionen wird wahrscheinlich die Folge haben, dass die Bautätigkeit wesentlich wird eingeschränkt werden müssen, das heisst so ziemlich das Einzige, was es bei uns als Arbeitsbeschaffung gab, wird wegfallen. Was die tausenden Betriebe, die nur auf die Arbeiten bei den Gemeindebauten eingestellt waren, machen sollen, weiss niemand. Dazu wird durch verschiedene Regierungsmassnahmen die Konsumkraft der Bevölkerung immer weiter geschwächt. Heute sieht wohl schon der letzte Gewerbetreibende und Kaufmann ein, wie sehr auch ihn diese Schwächung der Konsumkraft schädigt. Aber diese Notverordnung wird das eine gute haben, dass sich nun alle Wiener bewusst werden, was der Gemeinde Wien angetan wird, und diese Politik wird die rote Gemeindevergeltung nur stärken (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.)

Abg. Nowy bemerkt, ~~die Ursachen der Arbeitslosigkeit~~ als Faktoren, die die Arbeitsbeschaffung in Oesterreich betreiben können, kommt vor allem der Bund und die Gemeinde Wien in Betracht. Von dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung hat man viel gehört, aber sehr wenig gesehen. Aus dem Bundesbudget des vorigen und dieses Jahres wurden alle Investitionen gestrichen. Das war vor allem eine der Ursachen des Zunehmens der Arbeitslosigkeit. Offenbar gehört auch das Zwangsschlichtungsverfahren für die Bauarbeiter zum Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung. Die Regierung hat festgestellt, dass die Bauarbeiter überhöhte Löhne beziehen. Obwohl die Bauarbeiter der Regierung bewiesen haben, dass schon im Vorjahr das Durchschnittseinkommen eines Bauarbeiters einschliesslich der Arbeitslosenunterstützung nicht mehr 30 S erreicht hat. Im Jahre 1929 gab es in der Hochkonjunktur in Wien 3000 arbeitslose Bauarbeiter, infolge der verschiedenen Abgabenteilungen sank die Zahl im Jahre 1930 nicht mehr unter 5000 und im Jahre 1931 nicht mehr unter 8000. Im Jahre 1932 ist sie infolge der letzten Abgabenteilung nicht mehr unter 12000 gesunken. Die 50 Millionen, die der Gemeinde Wien heuer entzogen wurden, haben sich darin ausgedrückt, dass es bereits 15.000 arbeitslose Bauarbeiter gibt. Und wenn die Gemeinde zur Stilllegung ihrer Bautätigkeit gezwungen werden würde, müsste man mit einem Mindeststand von 22.000 Arbeitslosen und wenn man die am Baugewerbe interessierten Branchen dazunimmt, mit 30.000 Arbeitslosen rechnen. Die Minderheit hat es vorgezogen, von der heutigen Sitzung mit sehr fadenscheinigen Argumenten fernzubleiben. Vielleicht kann man da das Sprichwort anwenden: Den schuldigen Mann geht das Grausen an (Lebh. Zustimmung). Aber die Abrechnung wird den Schuldigen nicht erspart bleiben (Lebh. Beifall).

Damit ist die Debatte über den Bericht des Finanzreferenten geschlossen.

Der Resolutionsantrag der vom Finanzreferenten vorgeschlagen wurde, wird einstimmig angenommen.

Ebenso folgender vom Abg. Nachtnebel gestellter Antrag:

"Die soeben angenommene Resolution ist der Bevölkerung Wiens durch Plakate bekanntzugeben" (Lebh. Beifall).

Schluss der Sitzung 19 Uhr 10.

Bogenabfertigung 20 Uhr.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH 242

Wien, am 26. August 1933.

## Die Lustbarkeitsabgabe der Wiener Theater.

Das Lustbarkeitsabgabegesetz ist vom Wiener Landtag im Juli dieses Jahres abgeändert worden. Die Aenderung räumt dem Magistrat die Berechtigung ein, die Abgabe abgesondert vom Eintrittspreis unmittelbar beim Besucher einer Veranstaltung einzuheben. Die Einhebung kann entweder durch Organe des Magistrates oder durch Organe des Unternehmers angeordnet werden. Die Höhe der Abgabe und ihre Berechnung vom Vollpreis ist nicht geändert worden. Der Magistrat will die geänderte Einhebung zunächst bei den Theatern einführen. Die Theaterdirektoren haben nun beim Magistrat ihren Bedenken Ausdruck verliehen, dass nämlich die Einhebung durch Organe des Magistrates vom Publikum unangenehm empfunden würde, weil jeder Besucher vor dem Einlass zwei Kassen passieren müsste, wozu noch die Schwierigkeit des Kleingeldwechsels käme. Im Einvernehmen mit dem Direktorenverband ist daher schliesslich verfügt worden, dass die Abgabe ab 1. September 1933 wie bisher durch die Kassiere des Unternehmers beim Verkauf der Karte eingehoben wird. Neu ist nur, dass die Abgabe auf der Karte ersichtlich zu machen ist, damit der Besucher weiss, wieviel er an Lustbarkeitsabgabe zu entrichten hat. Der Magistrat hat diese Art der gesonderten Einhebung im Interesse des Publikums probeweise zugestanden.

Die Lustbarkeitsabgabe beträgt wie bisher bei Opern und Sprechstücken 4 Prozent, bei Operetten, Pantomimen, Revuen, Possen mit Musik und Gesang und bei musikalischen Schwänken 6 Prozent vom vollen Eintrittspreis ohne Rücksicht auf Ermässigungen. Betrag der volle Eintrittspreis zum Beispiel bei einem Sprechstück bisher 10 Schilling, so war darin die mit 4 Prozent berechnete Abgabe von 40 Groschen enthalten. Auf der Eintrittskarte wird nunmehr stehen: " Eintrittspreis 9 Schilling 60 Groschen, dazu Lustbarkeitsabgabe 40 Groschen, Vollpreis 10 Schilling". Oder: " Vollpreis 10 Schilling, davon Lustbarkeitsabgabe 40 Groschen." Bei einer Operette wird es auf der Eintrittskarte beispielsweise heissen: " Preis 1 Schilling 41 Groschen, dazu 6 Prozent Lustbarkeitsabgabe 9 Groschen, daher Vollpreis 1 Schilling 50 Groschen." Die Abgabe kann auch nur mit dem Prozentsatz angegeben werden. Manche Theater wollen auch die Warenumsatzsteuer des Bundes auf den Karten gesondert vermerken.

Es sei nochmals betont, dass sich an der Höhe der Abgabe nichts geändert hat.

## Ausgabe von Bezugscheinen für Schneearbeiterkarten.

Die Magistrats-Abteilung 30 teilt mit:

Aussteuerte Arbeitslose können sich in der Zeit vom 1. bis zum 23. September bei ihrem zuständigen Arbeitsamt um einen Bezugsschein für eine Schneearbeiterkarte bewerben. Zur Ueberprüfung der Angaben des Bewerbers sind dem Arbeitsamt eine vor dem 1. August 1933 ausgestellte Meldungskarte oder ein Abweisungsbescheid und der Meldzettel vorzulegen. Die Aufnahme von Schneearbeitern erfolgt nach Bedarf; ein Anspruch auf Beschäftigung besteht nicht.

## Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring.

Die Bezirksvertretung Ottakring hält am Freitag, den 1. September, um 18 Uhr im grossen Sitzungssaal der Bezirks-Vorstehung Ottakring eine öffentliche und vertrauliche Sitzung ab.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 243  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 26. August 1933.

## Das Plakat der Wiener Landesregierung konfisziert.

Der Wiener Landtag hat bekanntlich in seiner Sitzung vom 25. August eine Resolution beschlossen, die sich mit dem Lastenbeitrag der Gemeinde Wien an den Bund in der Höhe von 36 Millionen Schilling jährlich befasst. Durch einen weiteren Beschluss ist das Amt der Landesregierung beauftragt worden, diese Resolution des Landtages durch Plakate kundzumachen. Der Auftrag ist heute, Samstag, früh vollzogen worden. Mittags erhielt das Plakatierungsinstitut von der Polizei die Verständigung, dass das Plakat konfisziert sei. Eine antliche Verständigung von dieser Konfiskation hat das Amt der Wiener Landesregierung bis 2 Uhr nachmittags nicht erhalten. Erst um  $\frac{1}{2}$  3 Uhr nachmittags ist ein Gerichtsbeschluss über die Beschlagnahme des Plakates beim Amt der Wiener Landesregierung eingelangt. Tatsächlich erhielten Polizeiorgane den Auftrag, das Plakat abzureissen.

## Der Fleischverbrauch der Wiener.

Wien hat einen Tagesverbrauch von rund 3.157 Meterzentnern Fleisch.

Nach einer Aufstellung der Magistrats-Abteilung für Statistik sind in Wien im vorigen Jahr insgesamt rund 1.155.276 Meterzentner Fleisch dem Verbrauch zugeführt worden; der durchschnittliche Tagesverbrauch betrug im vorigen Jahr rund 3.157 Meterzentner Fleisch. Von den im Jahre 1932 dem Verbrauch in Wien zugeführten 1.155.276 Meterzentnern Fleisch waren 656.064 Meterzentner Schweinefleisch, 346.878 Meterzentner Rindfleisch, 131.239 Meterzentner Kalbfleisch, 15.318 Meterzentner Pferdefleisch, 4.009 Meterzentner Schaffleisch, 1.643 Meterzentner Lammfleisch und 125 Meterzentner Ziegenfleisch. Im Tagesdurchschnitt wurden im Jahre 1932 etwa 1.792 Meterzentner Schweinefleisch, 948 Meterzentner Rindfleisch, 359 Meterzentner Kalbfleisch, 42 Meterzentner Pferdefleisch, 11 Meterzentner Schaffleisch und 5 Meterzentner Lammfleisch verbraucht. Gegenüber dem Tagesdurchschnitt des Jahres 1931 ist somit der Verbrauch von Lammfleisch, Pferdefleisch und Schaffleisch gestiegen; die Messzahlen betragen in diesen Fällen etwa 136 Prozent, 105 Prozent und 105 Prozent. Der Verbrauch an anderen Fleischarten ist gegenüber dem Jahre 1931 gesunken. Der durchschnittliche Tagesverbrauch an Schweinefleisch betrug im Jahre 1932 nur 83 Prozent des durchschnittlichen Tagesverbrauches vom Jahre 1931, während die entsprechenden Messzahlen beim Rindfleisch 93 Prozent, beim Kalbfleisch 73 Prozent und beim Ziegenfleisch 68 Prozent betragen. In der Aufstellung sind die Fleischmengen, die im Strassenverkehr an Gaststätten und andere Verbraucher unmittelbar geliefert werden, nicht berücksichtigt. Auch Wildpret, Geflügelfleisch und Fische sind in der Aufstellung nicht enthalten.

## Die städtischen Bäder im Juni 1933.

Nach einem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik hatten die Wiener städtischen Bäder im vergangenen Juni 1.034.027 Besucher, wovon 265.681 unentgeltlich badende Kinder waren. Die Zahl der Bäderbesucher ist gegenüber dem vergangenen Mai um 333.269 gestiegen, aber gegenüber Juni 1932 um 201.524 gesunken, während die Zahl der unentgeltlich badenden Kinder gegenüber Mai 1933 um 203.705 gestiegen, aber gegenüber Juni 1932 um 52.829 gesunken ist.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 244  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 28. August 1933

## Die Gemeinde Wien erhält nichts mehr aus der Abgabenteilung.

Die Länder und Gemeinden erhalten allmonatlich vom Bund eine entsprechende Quote ihrer Anteile an den gemeinsamen Bundessteuern, die auf Grund des Bundesvoranschlages festgesetzt ist. Die Gemeinde Wien hat nun am Samstag vom Finanzministerium die Nachricht bekommen, dass ihr keine Ertragsanteile mehr ausgezahlt werden. Das Finanzministerium teilte dazu mit, dass der Betrag für Rechnung der 36 Millionen Schilling zurückbehalten wird, deren Zahlung der Bund rückwirkend ab 1. Jänner 1933 der Gemeinde Wien auferlegt hat. Die Finanzlage der Gemeinde gestaltet sich nunmehr noch schwieriger, da sie mit keinen Eingängen aus den ihr gebührenden Bundessteueranteilen mehr rechnen kann.

-----

## Die Bevölkerungsbewegung in Wien im Juni 1933.

Wie die Magistrats-Abteilung für Statistik mitteilt, kamen im heurigen Juni in Wien 1.211 Säuglinge lebend zur Welt. Da die Statistik für den vergangenen Mai 1.312 und für den Juni des vorigen Jahres 1.306 Lebendgeborene in Wien ausweist, ist die Zahl der Lebendgeborenen gegenüber Mai 1933 um 101 und gegenüber Juni 1932 um 95 gesunken. Von den 1.211 Lebendgeborenen des vergangenen Juni waren 612 Knaben und 599 Mädchen, 930 eheliche und 281 uneheliche Kinder. In der Wohnung der Mutter wurden 148, in Anstalten 1.063 Kinder geboren. Die Zahl der Totgeburten betrug im Berichtsmonat 25.

Im Juni 1933 starben in Wien 1.711 Personen, das sind um 175 Personen weniger als im Mai 1933. Von den im Juni in Wien Verstorbenen waren 875 Männer und 836 Frauen; 61 waren zur Zeit ihres Todes noch nicht 5 Jahre alt, während 20 zwischen 5 und 10, 12 zwischen 10 und 15, 16 zwischen 15 und 20, 79 zwischen 20 und 30, 121 zwischen 30 und 40, 153 zwischen 40 und 50, 284 zwischen 50 und 60 und 964 über 60 Jahre alt waren; das Alter eines Verstorbenen konnte nicht festgestellt werden.

Ueber die Säuglingssterblichkeit wird berichtet, dass im vergangenen Juni in Wien 53 Säuglinge, um 20 weniger als im Mai 1933, starben. Von den im Berichtsmonat verstorbenen Säuglingen waren 20 Knaben und 33 Mädchen, 31 eheliche und 22 uneheliche Kinder. 36 Säuglinge starben im ersten Lebensmonat.

Die Magistrats-Abteilung für Statistik führt auch die wichtigsten Todesursachen an. Aus dieser Aufstellung ergibt sich, dass im vergangenen Juni in Wien 21 Personen an epidemischen Krankheiten, 191 an Tuberkulose der Atmungsorgane, 297 an Krebs, 105 an Gehirnschlag, 290 an organischen Herzkrankheiten, 87 an Arterienverkalkung, 85 an Lungen- und Rippenfellentzündung und 51 an Altersschwäche starben. Die Zahl der Selbstmorde betrug im Juni des heurigen Jahres 82; ausserdem weist die Statistik 175 Selbstmordversuche aus.

Ein Bevölkerungszuwachs ergibt sich aus der Binnenwanderung. Während nämlich im heurigen Juni nach Wien von auswärts 9.381 Personen zuwanderten, wanderten im Berichtsmonat nur 9.046 Personen aus Wien aus; die Bevölkerungszunahme aus dem Titel der Binnenwanderung beträgt daher im Berichtsmonat 335 Personen, das sind um 2.573 weniger als im vergangenen Mai, aber um 139 mehr als im Juni 1932.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 29. August 1933

## Aus der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien.

### Statistische Daten vom Juni 1933.

#### Fast 2 Millionen Schilling Aufwand für die offene Fürsorge im Monat Juni

Nach einem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik wurden im Juni des heurigen Jahres in der offenen Fürsorge der Gemeinde Wien für Erhaltungsbeiträge rund 1,280.000 Schilling, für Pflegebeiträge rund 334.000 Schilling, für Pflegegelder rund 182.000 Schilling und für Aushilfen rund 108.000 Schilling aufgewendet. Insgesamt beträgt also der Aufwand für diesen Zweig der Fürsorge der Gemeinde Wien im Berichtsmonat mehr als 1,903.000 Schilling.

\*

#### Mutterberatung, Kindergärten, Kinderhorte und Kinderausspeisungen.

Die städtischen Mutterberatungsstellen führten im heurigen Juni 20.856 Beratungen durch, das sind um 3.380 Beratungen weniger als im vergangenen Mai und um 2.190 Beratungen weniger als im Juni 1932.

Die städtischen Kindergärten wurden im Berichtsmonat täglich von durchschnittlich 6.037 Kindern, die städtischen Kinderhorte von täglich durchschnittlich 2.067 Kindern besucht. Bei den städtischen Kinderausspeisungen wurden im Juni des heurigen Jahres 347.214 Speiseportionen ausgegeben.

\*

#### Die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten.

Die städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten nahmen im Juni des heurigen Jahres insgesamt 3.153 Personen auf, um 347 weniger als im vergangenen Mai und um 542 weniger als im Juni 1932. Zum Vergleich seien die Aufnahmen an allen Krankenanstalten Wiens herangezogen; im vergangenen Juni wurden an allen Wiener Krankenanstalten insgesamt 16.604 Personen aufgenommen, um 1.929 weniger als im vergangenen Mai und um 1.937 weniger als im Juni 1932.

Die Zahl der Verpflegstage in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten betrug im Berichtsmonat 513.887, wovon 238.992 Verpflegstage auf Versorgungshäuser, 154.049 Verpflegstage auf Anstalten für Geisteskranke und 59.091 Verpflegstage auf städtische Krankenanstalten entfielen.

\*

#### Rettungsdienst und städtischer Sanitätsbetrieb.

Für den Rettungsdienst weist die Statistik im vergangenen Juni 5.707 Hilfeleistungen aus.

Der städtische Sanitätsbetrieb führte im vergangenen Juni 3.724 Krankentransporte durch, das ist um 139 weniger als im vergangenen Mai, aber um 619 mehr als im Juni 1932.

#### Autobusverkehr in der Messewoche.

Am kommenden Sonntag, den 3. September, und am Sonntag, den 10. September, verkehrt eine Autobuslinie vom Westbahnhof über die Mariahilferstrasse- (Messepalast) Neue Burg-Stephansplatz-Praterstern zum Südportal der Rotunde und zurück.

An den Werktagen von Montag, den 4. September, bis einschliesslich Samstag, den 9. September, wird die Autobuslinie 9 vom Praterstern bis zum Südportal der Rotunde verlängert.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 246  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 30. August 1933

## Jubiläumsmesse im Flaggenschmuck.

Die am 3. September beginnende Wiener Herbstmesse steht im Zeichen eines Jubiläums. Es ist die 25. Messe, die in Wien veranstaltet wird. Aus diesem Anlasse hat die Messeleitung an die Gemeindeverwaltung das Ersuchen gerichtet, die Ringstrasse und die Zufahrtstrassen zu den Messehäusern zu beflaggen. Bürgermeister Seitz hat diesem Ersuchen stattgegeben und die Beflaggung in den Farben der Stadt Wien auf die Dauer der Messe verfügt.

-----

## Trauungen, Ehedispense und Konfessionsänderungen im Mai 1933.

Nach einem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik wurden heuer im Mai in Wien 1085 Trauungen vollzogen; das sind um 99 Trauungen weniger als im vergangenen April und um 474 Trauungen weniger als im Mai 1932. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden im Berichtsmonat 751, vor der politischen Behörde 147 Ehen geschlossen.

Aus dem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik geht weiter hervor, dass heuer im Mai vom Wiener Magistrat 210 Ansuchen um Ehedispens bewilligt wurden, das sind um 6 weniger als im April des heurigen Jahres und um 41 weniger als im Mai 1932. Von den im Berichtsmonat bewilligten 210 Dispensansuchen betrafen 116 Dispens vom Hindernis des bestehenden Ehebandes.

Im vergangenen Mai wurden an den Wiener Magistrat 736 Anzeigen über Konfessionsänderungen erstattet, um 94 mehr als im April 1933 und um 91 weniger als im Mai 1932. 530 Personen zeigten im Mai 1933 in Wien ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche, 81 ihren Austritt aus der mosaischen Konfession an; 398 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

-----

## Goldene Hochzeiter.

Georg Kubaschek, der bekannte Belvedere-Gärtner, feierte am Montag mit seiner Gattin Anna den 50. Jahrestag seiner Eheschliessung. Am selben Tage feierte auch Anton Pinkas, der durch 35 Jahre als Schriftsetzer und Korrektor in der Staatsdruckerei tätig war, mit seiner Gattin Marie die goldene Hochzeit. An den Familienfeiern nahm in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Honay teil, der die Jubelpaare beglückwünschte und ihnen die Ehrengaben der Stadt Wien überreichte.

-----

## Die Infektionskrankheiten in Wien im vergangenen Juni.

Aus einem Bericht der Magistrats-Abteilung für Statistik ergibt sich, dass im vergangenen Juni in Wien 469 Anzeigen über Scharlacherkrankungen, 254 Anzeigen über Erkrankungen an Diphtherie und 466 Anzeigen über Erkrankungen an Schafblattern erstattet wurden. Die Zahl der Scharlacherkrankungen ist somit gegenüber Mai 1933 um 59 und gegenüber Juni 1932 um 7 gesunken. Auch die Zahl der Diphtherieerkrankungen ist wesentlich gesunken, und zwar gegenüber dem vergangenen Mai um 117 und gegenüber Juni 1932 um 85. Die Zahl der Schafblatternfälle ist gegenüber dem vergangenen Mai um 46 gesunken, aber gegenüber Juni 1932 um 206 gestiegen.

-----



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH 247

Wien, am 31. August 1933

## Die Bekämpfung der Tuberkulose in Wien.

Bericht über die Tuberkulose bekämpfung im Jahre 1932.

### Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit.

Energischer und gut organisierter Kampf gegen die Tuberkulose hat in den letzten Jahren die "Grosstadtkrankheit" weit zurückgedrängt. Die Zahl der Tuberkulosesterbefälle geht immer weiter zurück. Während im Jahre 1931 noch 3158 Tuberkulosesterbefälle vorgekommen waren, wovon 1969 auf Männer und 1189 auf Frauen entfallen waren, ist die Zahl der Tuberkulosesterbefälle im Jahre 1932 auf 2804, und zwar 1689 Männer und 1115 Frauen, gefallen. Noch deutlicher wird die Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit in Wien, wenn man zum Vergleich die Durchschnittszahlen des Jahrfünfts von 1926 bis 1930 heranzieht. In diesem Jahrfünft waren von 10.000 Wienern 19 an Tuberkulose gestorben, während im Jahre 1931 von 10.000 Wienern nur 17 und im Jahre 1932 nur mehr 15 an Tuberkulose starben. Ein ganz ähnliches Verhältnis zeigt sich bei der Sterblichkeit an Tuberkulose der Atmungsorgane. Während in dem Jahrfünft vom Jahr 1926 bis zum Jahr 1930 von 10.000 Wienern 15 an Tuberkulose der Atmungsorgane gestorben waren, starben im Jahre 1931 nur mehr 14 und im Jahre 1932 nur mehr 13 von 10.000.

### Tuberkulose-Fürsorgestellen in Wien.

Im Berichtsjahr waren in Wien 25 Tuberkulose-Fürsorgestellen tätig, von denen 12 von der Gemeinde Wien, 4 vom Landesverein vom Roten Kreuz und je eine vom Verein "Heilanstalt Alland", vom Mariahilfer Ambulatorium, von der Frauenhilfe vom Roten Kreuz, der Bundeskrankenkasse, der Krankenfürsorgeanstalt der Gemeinde Wien, der Versicherungskasse für kaufmännische Angestellte, der Versicherungskasse für Industrieangestellte, der Versicherungskasse für Angestellte "Collegialität" und der Arbeiterkrankenkasse des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft erhalten wurden. An den städtischen Tuberkulose-Fürsorgestellen waren im Jahre 1932 24 Aerzte und 58 Fürsorgerinnen tätig, während an den privaten Fürsorgestellen 9 Aerzte und 18 Fürsorgerinnen den Fürsorgedienst besorgten und die verschiedenen Krankenkassen 20 Aerzte und 10 Fürsorgerinnen in der Tuberkulosenfürsorge beschäftigten.

### Der Umfang der Tuberkulosenfürsorge.

Während die Zahl der Neuaufnahmen an den Tuberkulose-Fürsorgestellen Wiens im Jahre 1930 noch 29.542 betragen hatte, sank diese Zahl im Jahre 1931 auf 25.806 und im Jahre 1932 auf 23.986. Wie überall ist also auch in Wien hier ein Rückgang zu beobachten. Ein andauernder Rückgang der Neuaufnahmen zeigt sich insbesondere bei den privaten Fürsorgestellen und bei den Tuberkulose-Fürsorgestellen der Krankenkassen, während die Zahl der Neuaufnahmen bei den städtischen Tuberkulose-Fürsorgestellen im Jahre 1932 gegenüber dem Jahre 1931 sogar gestiegen ist. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, dass ein Teil der privaten Fürsorgestellen die zentral gelegenen Bezirke zu befürsorgen hat, deren Bevölkerung zum grossen Teil das Aufsuchen der Fürsorgestellen scheut. Zu bedenken ist auch, dass der Kreis der Krankenversicherten immer kleiner wird.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigt sich in dem ständigen Sinken des Anteiles der Krankenversicherten an den Aufnahmen der

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

territorialen Fürsorgestellen. Während nämlich unter 100 an diesen Fürsorgestellen Neuaufgenommenen im Jahre 1928 noch 32,8 krankenversichert waren, waren es im Jahre 1932 nur mehr 19.

Von 100 Neuaufnahmen an den territorialen Fürsorgestellen entfielen 10 auf das Kleinkinderalter bis zu 6 Jahren, 32 auf das Schulalter von 6 bis 14 Jahre, 3 auf das jugendliche Alter von 14 bis 18 Jahre und 55 auf das Erwerbsalter über 18 Jahre. Ähnlich ist die Altersverteilung bei den Fürsorgestellen der Krankenkassen; dort entfielen von 100 Neuaufnahmen 3 auf das Kleinkinderalter, 16 auf das Schulalter, 6 auf das jugendliche Alter und 75 auf das Erwerbsalter. Besonders bedauerlich ist dabei, dass noch immer die Jugendlichen in sehr geringem Mass von der Tuberkulosefürsorge erfasst werden. Es sind darum Bemühungen im Gange, die Gesundheitsfürsorge besonders dieser Altersstufe zuzuwenden.

Insgesamt standen im Jahre 1932 von 10.000 Einwohnern Wiens 706 in Tuberkulosefürsorge, während im Jahre 1931 von 10.000 Wienern 678 und im Jahre 1930 nur 587 in Tuberkulosefürsorge gestanden waren.

## Die Erfassung der ansteckenden Tuberkulösen.

Grösste Aufmerksamkeit wurde im Berichtsjahr der Erfassung der ansteckenden Tuberkulösen gewidmet. Von den 23.986 Neuaufnahmen der Fürsorgestellen im Jahr 1932 wurden 1.534 Personen als ansteckend befunden. Ueberdies hat die vollständige Erfassung von 1.426 Familien mit 4.586 Familienmitgliedern zur Feststellung von 91 und die Tuberkulinprüfung der Kleinkinder zur Feststellung von 42 bisher unbekanntem Infektionsträgern geführt. Eine grosse Zahl von Meldungen anderer Stellen an die Tuberkulosefürsorge gab den Fürsorgestellen viele unbekanntem Infektionsträger bekannt; es liefen insgesamt 1.095 solche Meldungen ein, von denen 771 Infektionsträger betrafen, die der Tuberkulosefürsorge bis dahin unbekannt geblieben waren. Von den städtischen Aerzten liefen 453 Meldungen ein, von denen 312 unbekanntem Infektionsträger betrafen. Von den 358 Meldungen der Tuberkuloseabteilung des Versorgungshauses Lainz der Stadt Wien betrafen 125 bisher unbekanntem Infektionsträger. Insgesamt wurden also durch die Zusammenarbeit verschiedener Stellen mit den Tuberkulosefürsorgestellen 1.208 ansteckende Tuberkulöse der Fürsorge neu zur Kenntnis gebracht. Durch die Zusammenarbeit mit dem schulärztlichen Dienst wurden 24 Infektionsquellen, durch die Zusammenarbeit mit den Kinderkrankenabteilungen 21 und durch die Meldung von Lupuskranken 4 Infektionsquellen bekannt.

Am Ende des vorigen Jahres waren in den Tuberkulosefürsorgestellen in Wien 7.421 bazilläre Tuberkulöse bekannt, während am Ende des Jahres 1931 nur 6.407 bazilläre Tuberkulöse bekannt waren. Auf Grund einer schätzungsweise Berechnung leben in Wien derzeit etwa 12.000 ansteckende Tuberkulöse, von denen etwa 62 Prozent den Tuberkulosefürsorgestellen bekannt sind.

.....

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

## Der Einsturz des Bohrturmes in Oberlaa.

Am Samstag, den 12. August, ist bekanntlich ein Bohrturm der European (Gas- und Elektrik) Company, der auf einem der Gemeinde Wien gehörigen Grundstück in Oberlaa errichtet worden war, eingestürzt. Die vorläufigen Erhebungen der Baubehörde haben nun ergeben, dass der Einsturz seinen Grund in unsachgemässer Ausführung und Verankerung des Turmes haben dürfte. Wie die "Rathauskorrespondenz" erfährt, ist eine baupolizeiliche Genehmigung des Bohrturmes durch die Wiener Baubehörde überhaupt nicht eingeholt worden. Es handelt sich nämlich um eine Werksanlage, die nach den Bestimmungen des Berggesetzes zu behandeln ist und zu deren Herstellung und Betrieb eine Bewilligung der Bergbehörde einzuholen ist. Organe des Wiener Magistrates hatten daher vor dem Unglücksfall keine Gelegenheit, zu dem Bau des Bohrturmes Stellung zu nehmen.

-----

## Mietzinsbeihilfen der Gemeinde Wien.

Die Gemeinde Wien gewährt bekanntlich Mietern, die einen Hauptmietzins bezahlen müssen, der 40 Groschen für eine Friedenskrone übersteigt, auf ihr Ansuchen Mietzinsbeihilfen. Zur Begutachtung der Ansuchen besteht ein Beirat, der kürzlich seine 88. Sitzung abhielt. In dieser Sitzung lagen die Ansuchen von 872 Parteien in 134 Häusern vor; der Beirat stimmte der Gewährung von monatlichen Mietzinsbeihilfen in der Höhe von 5220 Schilling zu. Bisher wurden von der Gemeinde Wien 52.407 Parteien in 6100 Häusern Monatsbeiträge von zusammen 300.000 Schilling gewährt.

-----

## Trauungen, Ehedispense und Konfessionsänderungen im Juni 1933.

Nach einem Bericht der Magistrate-Abteilung für Statistik wurden heuer im Juni in Wien 1.554 Trauungen vollzogen; das sind um 469 Trauungen mehr als im vergangenen Mai und um 320 Trauungen mehr als im Juni des vorigen Jahres. Vor römisch-katholischen Seelsorgern wurden im Berichtsmonat 1.062, vor der politischen Behörde 216 Ehen geschlossen.

Aus dem Bericht der Magistrate-Abteilung für Statistik geht weiter hervor, dass heuer im Juni vom Wiener Magistrat 194 Ansuchen um Ehedispens bewilligt wurden, das sind um 16 weniger als im vergangenen Mai und um 100 weniger als im Juni 1932. Von den im Berichtsmonat bewilligten 194 Dispensansuchen betrafen 117 Dispens vom Hindernis des bestehenden Ehebandes.

Im vergangenen Juni wurden an den Wiener Magistrat 722 Anzeigen über Konfessionsänderungen erstattet, um 72 weniger als im Mai 1933 und um 71 weniger als im Juni 1932. 453 Personen zeigten im Juni 1933 ihren Austritt aus der römisch-katholischen Kirche, 94 ihren Austritt aus der mosaischen Konfession an; 318 Personen erklärten, konfessionslos bleiben zu wollen.

-----

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 248  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Ausgabe.

Wien, am 31. August 1933.

## Angebliche Ausweisung deutscher Emigranten. Eine unrichtige Meldung eines Wiener Abendblattes.

In einem Abendblatt wird unter der Ueberschrift "Seitz weist deutsche Emigranten aus" behauptet, dass in den letzten Tagen eine Reihe deutscher Emigranten mit der Motivierung ausgewiesen worden sei, dass sie sich nicht selbst erhalten können und entweder der Allgemeinheit zur Last fallen oder aber gezwungen seien, öffentliche Institutionen in Anspruch zu nehmen, die bestimmungsgemäss nur Inländern zu dienen haben. Die ausgewiesenen Emigranten hätten an den Wiener Landeshauptmann rekurriert, der jedoch den Rekurs abgewiesen habe.

Hiezu erfährt die "Rathauskorrespondenz":

Dem Landeshauptmann von Wien werden allmonatlich viele hunderte Berufungen zur Entscheidung vorgelegt. Es ist daher selbstverständlich, dass die einzelnen Fälle von den zuständigen Amtsstellen und nicht vom Landeshauptmann persönlich behandelt werden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist in den letzten Monaten kein Abschaffungserkenntnis gegen einen deutschen politischen Flüchtling vom Amt der Wiener Landesregierung bestätigt worden. Jedenfalls muss darauf hingewiesen werden, dass das Amt der Wiener Landesregierung, das als Berufungsbehörde über Berufungen gegen Abschaffungsbescheide der Bundespolizeidirektion Wien zu entscheiden hat, bei diesen Entscheidungen, da es sich um eine Angelegenheit der mittelbaren Bundesverwaltung handelt, an Weisungen des Bundeskanzlers <sup>amtes</sup> unbedingt gebunden ist. Von einer Ausweisung deutscher Emigranten durch den Landeshauptmann von Wien kann also keine Rede sein.

-----